

DEUTSCHE POLIZEI



NOVEMBER 2014 ZEITSCHRIFT DER GEWERKSCHAFT DER POLIZEI



Dr. Thomas de Maizière:

**„Unseren Polizistinnen und Polizisten
gebühren Respekt und Anerkennung“**

**DP-Exklusivinterview
mit dem Bundesinnenminister**

25. ORDENTLICHER
**BUNDES
KONGRESS**
10.-12. NOVEMBER 2014 · BERLIN



Gewerkschaft
der Polizei

POLIZEIKALENDER 2015



Polizeikalendar 2015

Der Taschenkalender im praktischen DIN-A6-Format (10 x 14 cm).

- Jahrbuch und Nachschlagewerk in einem
- Zahlreiche Übersichten und Tabellen
- Bewährtes „Verkehrs-ABC“

Format DIN A6 **4,50 €**

Polizeiterminer 2015

Ein Terminer der Spitzenklasse im Format 17 x 23 cm. Speziell auf den Bedarf der Polizei zugeschnitten!

- Übersichtliches Kalendarium
- Dreimonatsübersicht auf jeder Doppelseite
- Schichtdienst- und 24-Stunden-Planer
- Strapazierfähige Fadenheftung
- Matte, samtweiche Oberfläche

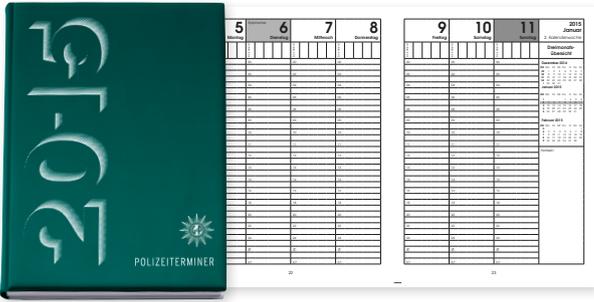
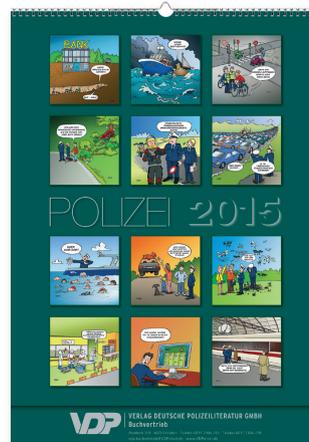
Format 17 x 23 cm **4,20 €**

Cartoon-Wandkalender Polizei 2015

Wandkalender im Format 40 x 50,4 cm mit zwölf großformatigen Cartoons zu „polizei(un)typischen“ Situationen.

- Versehen mit einer Wire-O-Bindung, sodass Sie Blatt für Blatt umschlagen können
- Ein tolles Geschenk zu Weihnachten und zum Jahreswechsel – nicht nur für Polizeibeschäftigte

Format 40 x 50,4 cm **10,90 €**



Im Paket zum Sonderpreis!

Paket 1

Polizeiterminer, Polizeikalendar und Wandkalender 2015.

17,50 €

Paket 2

Polizeiterminer und Polizeikalendar 2015.

7,50 €

Tipp: Alle Preise zuzüglich Versandkosten von 3,50 €, die ab einem Auftragswert von 50,00 € entfallen. Sparen Sie Geld, indem Sie sich einer Sammelbestellung bei der Gewerkschaft der Polizei (GdP) oder Ihrer Dienststelle anschließen – oder organisieren Sie selbst eine Sammelbestellung mit Ihren Kolleginnen und Kollegen. Buchhandelsbestellungen sind nicht möglich.



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Buchvertrieb

Forststraße 3a · 40721 Hilden · Tel. 0211 7104-212 · Fax 0211 7104-270 · vdp.buchvertrieb@VDPolizei.de · www.VDPolizei.de

FRAUENGRUPPE



Foto: Zielinski

Bereits seit zehn Jahren setzt sich die Frauengruppe (Bund) der GdP aktiv gegen den Menschenhandel zum Zweck der sexuellen Ausbeutung - Zwangsprostitution ein ...

Seite 24

EU-SEMINAR



Foto: Hoffmeister

Aktivere und präzisere Rolle von EuroCOP in Brüssel: Jörg Bruchmüller, Mitglied im Geschäftsführenden GdP-Bundesvorstand und Vorstandsmitglied bei EuroCOP, signalisierte Zustimmung und versprach, dass sich die GdP für eine weitere Stärkung von EuroCOP einsetzen werde.

Seite 28

GESCHICHTE



Foto: Hoffmann

Am 3. Oktober wurde in Hannover der Tag der Deutschen Einheit begangen. Der aus Niedersachsen stammende stellvertretende GdP-Bundesvorsitzende Dietmar Schilff war für die GdP beim offiziellen Festakt im Kongresszentrum dabei ...

Seite 29

- 2 **KOMMENTAR** Deutliche Worte statt Kriegsrhetorik
- 2/39 **FORUM**
- 4 **TITEL/Innere Sicherheit** DP-Exklusivinterview mit Dr. Thomas de Maizière
- 12 **HINTERGRUND** Kalif Ibrahim und das Vermächtnis des Abu Mussab al-Zarqawi
- 23 **PERSONALIEN** GdP beglückwünscht designierten Nachfolger für BKA-Chefposten
- 24 **FRAUENGRUPPE** Handeln gegen Menschenhandel, Zwangsprostitution und sexuelle Ausbeutung
- 27 **ZWANGSPROSTITUTION** Grenzenloser Menschenhandel
- 28 **EU-SEMINAR** Die GdP in Europa – Bericht vom GdP-Europaseminar in Brüssel
- 29 **GESCHICHTE** Vereint in Vielfalt – 25 Jahre nach der Maueröffnung
- 32 **TAGUNG** „Rechtsschutz ist wichtiger denn je“
- 33 **SOZIALPOLITIK** Kinderbetreuung – Zu Hause geblieben
- 34 **ANKÜNDIGUNG** 15. Bundesseniorenfahrt 2015 nach Rhodos
- 36 **POLIZEI-MESSE** GdP auf der GPEC
- 37 **BUNDESKONGRESS-TICKER ++** Mit neuem Vorstand auf einem bewährten Weg – GdP-Landesdelegiertentag Sachsen-Anhalt
- 38 **4. BUNDESTREFFEN** Polizeibiker spenden über 3.000 Euro
- 38 **TIPP** Ratgeber „Was ist, wenn es mir passiert?“
- 40 **BÜCHER/IMPRESSUM**



Deutliche Worte statt Kriegsrhetorik

Deutschland ist eines der sichersten Länder der Welt. In keiner Politikerrede, die sich mit dem inneren Zustand unseres Landes befasst, fehlt dieser Satz. Was ihn von manch anderer Aussage unterscheidet: Er stimmt. Das wissen auch viele Menschen in aller Welt, die in ihrer Heimat von Krieg, Unterdrückung, Hunger, Terrorismus, Korruption und Perspektivlosigkeit gepeinigt sind. Ihr Traum ist es, in Deutschland zu leben – mit seiner funktionierenden Demokra-



tie, seiner effizienten Verwaltung, seiner rechtsstaatlichen Justiz, seiner zivilen und bürgernahen Polizei und der Aussicht auf einen lebenswerten Wohlstand, den eine leistungsfähige Wirtschaft und Industrie ermöglichen. In der Ablehnung von Flüchtlingen und Asylsuchenden spiegelt sich weniger Hartherzigkeit als vielmehr die Angst der Bürgerinnen und Bürger dieses Landes davor, dass auch hierzulande extremistische Parteien die Demokratie zerstören, Polizei und Justiz den Rechtsfrieden nicht mehr garantieren, die Wirtschaftsleistung das Wohlstandsversprechen nicht mehr halten können. Angst liefert den Stoff für Untergangsszenarien, die populistische Politiker in Parteien und Verbänden süffig aufgreifen, um sie für ihre Zwecke zu nutzen. Das ist die eigentliche Gefahr. Einer Eskalation der Gewalt geht immer eine Eskalation der Sprache voraus. Die Demonstrationen und Aktionen der Kurden in Deutschland sind angesichts der Gräueltaten der Terrororganisation Islamischer Staat (IS) verständlich. Vereinzelt gab es unentschuld bare Gewaltausbrüche. Diese Einsätze sind eine enorme

Belastung für unsere Kolleginnen und Kollegen. Aber es hat sich gezeigt: Eine professionelle Polizeiarbeit ist besser als Gespenster an die Wand zu malen. Die geschätzt 800.000 Kurden haben den Konflikt in ihren Herkunftsländern nicht nach Deutschland importiert. Und andere Volksgruppen, die vor Krieg und Verfolgung bei uns Schutz suchen und finden, werden es auch nicht tun. Sie wissen, die Sicherheit für Leib und Leben in unserem Land zu schätzen. Davon zeugen auch die überzeugenden Aufrufe des Zentralrates der Muslime und der Kurdischen Gemeinde Deutschlands zur Gewaltlosigkeit. Versuchen von militanten politischen Gruppen und religiösen Fanatikern, die angespannte Weltlage auch in unserem Land zu nutzen, steht eine stabile Rechtsordnung und eine fähige Polizei entgegen. Die geplanten Maßnahmen, die auf der Sondersitzung der Länderinnenminister mit dem Bundesinnenminister Mitte Oktober in Berlin beschlossen wurden, mögen nicht die schnelle und ultimative Lösung sein, den Terrorismus-Tourismus zu unterbinden, aber sie werden ihre Wirkung entfalten. Schon jetzt sprechen über 200 Ermittlungsverfahren eine deutliche Sprache. Im Kampf gegen den Terrorismus und die Auswirkungen auf Deutschland hob Innenminister de Maizière vor der Presse den „vollen Schulterschluss“ zwischen Bund und Ländern hervor. Wörtlich sagte er: „Das gilt nicht nur für Minister, sondern das gilt auch für die täglich arbeitenden Polizisten und Mitarbeiter der Verfassungsschutzbehörden, die unter großer Anspannung in einem Ausmaß wie selten zuvor an diesen Themen im Gemeinsamen Terrorabwehrzentrum und vor Ort arbeiten.“ Deutliche Worte statt Kriegsrhetorik.

Oliver Malchow
GdP-Bundesvorsitzender

Zu: Unheimliche Allianzen, DP 10/14

Den Beitrag „Unheimliche Allianzen“ habe ich als langjähriger Polizeibeamter und Mitglied der GdP mit großem Interesse gelesen, wobei ich jedoch einige Punkte, die Prof. Dr. Salzborn aufgeführt hat, ganz anders sehe. Bis zum Abitur wurde über das Thema Juden und Israel nach dem Lehrplan unterrichtet, wobei ich mich nach dieser Zeit auch aus anderen Quellen über dieses Thema informiert habe, wodurch ich eine sehr viel weitere, aber auch kritischere Sichtweise bekommen habe, über die man hier in Deutschland aufgrund der grausamen Vergangenheit besser nicht sprechen sollte.

Wir wissen alle sehr genau, wie die jeweiligen Religionen ihre Standpunkte und Ziele damals zu Papier gebracht haben, wobei die meisten alten Überlieferungen ausgesprochen menschenverachtend Andersdenkenden gegenüber waren. Heute leben wir hier in Europa weitgehend in einer modernen Gesellschaft und haben Gesetze geschaffen, die ein gedeihliches und friedliches Miteinander gewährleisten sollen, was auch sehr zu begrüßen ist. Das muss auch für alle Religionen gelten, wenn die Ausübung friedlich und gesetzeskonform vonstatten gehen soll.

Hier dürften wir das Problem haben, dass insbesondere der Koran teils in Hinterhöfen, aber auch in einigen Moscheen nach „radikalem Vorstellungsbild“ gelehrt wird, wodurch dieser Hass gegenüber anderen Glaubensrichtungen teils immer weiter verstärkt wird. Auch die demografische Entwicklung sowie die zunehmende Verarmung und Ghettobildung wird dieses Problem in den nächsten Jahren hier noch explosionsartig verschärfen, wenn jetzt nicht ganz schnell geeignete Gegenmaßnahmen getroffen werden. Damit meine ich auch, dass auch das Staatsbürgerschaftsrecht notfalls wieder geändert werden müsste, damit solche Störenfriede schleunigst rausgeschmissen werden können.

Prof. Dr. Salzborn meint, dass es dringend einer neuen Debatte über eine Strafrechtsverschärfung bedarf, die sich vor allem mit der Frage des islamischen Antisemitismus befassen sollte. Ich bin der Meinung, dass es genügend Gesetze gibt, jedoch das Straf-



maß bei einer Verurteilung oftmals in verhöhnender Weise für die Opfer oder Geschädigten gefällt wird. Hier sollte ganz dringend ein Umdenkprozess erfolgen, wobei ich denke, dass mittlerweile auch viele Richter mit einer gewissen „Angst“ ihre Urteile gegen solche Rechtsbrecher fällen und teils noch immer positiv denkende Träumer sind, die keine Ahnung haben, wie diese Radikalen wirklich ticken.

Zu dem Land Israel und seiner Regierung habe ich auch meine Meinung. Mir ist bekannt, dass es auch in Israel eine Menge Menschen gibt, die mit der Verfahrensweise gegen die Palästinenser, wie jüngst geschehen, nicht einverstanden sind und für ihre humane Einstellung Nachteile von ihren eigenen Landsleuten zu befürchten haben. Holocaust-Überlebende und deren Nachkommen haben im August mit etwa 330 Unterzeichnern mit einem dramatischen Appell in der „New York Times“ ein Ende des israelischen Militäreinsatzes in Gaza gefordert, den sie als „Massaker an Palästinensern“ angeprangert haben.

Wer sich also mit Israel ganz intensiv beschäftigt, dürfte zu dem Schluss kommen, dass es eine sehr eigenwillige Demokratievorstellung hat. Bleibt zu hoffen, dass eines Tages auch Israel der Genfer Konvention beitrifft und auch den Atomwaffensperrvertrag und Biowaffenkonvention unterzeichnet. Vielleicht kann dieser Schritt ja sehr viel bewegen, um endlich Frieden herzustellen. Der eigene Staat Palästina sollte auch das Ziel der nächsten Jahre sein, was ich für sehr wichtig halte.

Abschließend möchte ich noch anmerken, dass ich seit Jahren mit einer deutsch-israelischen Jüdin zusammenlebe, wodurch ich ebenfalls eine viel deutlichere Sichtweise auf das Thema Extremismus, der nicht zu unterschätzen ist, erhalten habe.

H. Kellner, Essen



Ich las soeben das Titelthema der Oktoberausgabe der DP und musste zu meinem Bedauern feststellen, dass ich eine solch zuweilen unseriöse Art des Verfassens einer solchen Ausarbeitung selten in der DP lesen musste.

Die mangelnde Darstellung von für das Verständnis der Zusammenhänge wichtiger Details, zum Beispiel, welche Personen oder Gruppen aus der auf Seite 7 genannten Pro-Palästinensischen Demo in Göttingen heraus mit den Stöcken angegriffen wurden oder auch das Fehlen der Polizeifeindlichkeit in der Auflistung verschiedener Gesetzesbrüche im Text sowie das Über-einen-Kamm-Scheren von verschiedenen Gruppierungen in einem Maße, das der Realität gänzlich fern zu stehen scheint (siehe Abschnitte auf Seite 6) erwirken bei mir eher den Eindruck, eine „Bild“-Zeitung in den Händen zu halten, als die sonst von einer besseren und ordentlichen Berichterstattung beziehungsweise Ausarbeitung geprägten DP-Ausgabe.

Ich hoffe, dass künftige Beiträge stärker auf ihre Ausgewogenheit und ihren Gehalt geprüft werden, um den guten Ruf der DP zu wahren.

Peter Kühn, Celle



Mit Entsetzen habe ich den Artikel und das Interview mit Herrn Dr. Salzborn gelesen. Dr. Salzborn war schon 2012 in einem seinem Artikel der Meinung, dass Personen in Deutschland, die die Politik Israels gegen Palästina verurteilen, eine unbewältigte Nazi-Vergangenheit haben! Nun wirft er die Kritiker an der israelischen Politik in einen Topf mit den Nationalsozialisten und den Rassisten. Müssen wir uns als Zweitgeneration nach den verheerenden Kriegen, die Deutschland im Namen der Monopolkapitalisten angezettelt hat, den Mund verbieten lassen, wenn völkerrechtliches Unrecht geschieht? Jude sein heißt, der jüdischen Religion nachzugehen. Das Judentum ist nicht der Staat Israel! Aber dessen Politik steht im Widerspruch zu den UN-Resolutionen und Genfer-Konventionen. Wer jemanden von seinem Grund und Boden vertreibt, ohne Schadensersatz, ohne Möglichkeit der Rückkehr, wenn man ein ganzes Volk einsperrt und seine Kontakte auf politischer und wirtschaftlicher Ebene blockiert, der muss doch damit rechnen, dass sich Widerstand regt. Ich heiße die Raketenabschüsse, die

Selbstmordattentate der kämpfenden palästinensischen Truppen auch nicht gut, doch welche Alternative haben sie denn noch, wenn ernsthafte politische Gespräche ständig scheitern, weil der Staat Israel nicht den Staat Palästina anerkennen will? Dass wir auf Demonstrationen immer wieder Gruppierungen haben, die gezielt gewalttätige Auseinandersetzung mit der Polizei als Rechtsträger des Staates suchen, ist doch nichts Neues und wird sicher im polizeilichen Einsatz Beachtung finden. Aber die Demonstranten gegen die Politik Israels jetzt als Antisemiten zu verurteilen, die gegen die Juden sind, finde ich bedenklich, vor allem, weil er den Teilnehmern der Demonstration eine Allianz mit den Nationalsozialisten unterstellt. Es gibt diese Allianz nicht!!! Und ich bin mir auch sicher, die Demonstranten bedürfen gewiss keinerlei Führung oder Organisationshilfe durch islamische Gruppierungen!

Susanne Hawer, Stralsund

Zu: GdP-Bundesvorsitzender zur Diskussion um „zivilen Ungehorsam“, DP 7/14

Der Vorstand der Bezirksgruppe Polizeidirektion Göttingen hat mit großer Zustimmung das engagierte Auftreten unseres Bundesvorsitzenden, Oliver Malchow, beim DGB-Bundekongress zur Kenntnis genommen. Hat doch of-

Fortsetzung auf Seite 39

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen, um möglichst viele Kolleginnen und Kollegen zu Wort kommen zu lassen. Abgedruckte Zuschriften geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Anonyme Zuschriften werden nicht berücksichtigt.

Kontakt zur Redaktion:

GdP-Bundesvorstand
Redaktion DEUTSCHE POLIZEI
Stromstraße 4
10555 Berlin
Tel.: 030/39 99 21-113
Fax: 030/39 99 21-200
E-Mail:
gdp-pressestelle@gdp.de



DP-Exklusivinterview mit Dr. Thomas de Maizière



Viele internationale Konflikte haben Auswirkungen auf die innere Sicherheit in Deutschland. Die Sicherheitsbehörden sind rund um die Uhr gefordert, wenn es um die Einschätzung der aktuellen Bedrohungslage, Aufrufe zu Demonstrationen oder Auseinandersetzungen zwischen ethnischen Gruppen hierzulande geht. Vor dem Bundeskongress der Gewerkschaft der Polizei Mitte November in Berlin sprachen mit Bundesinnenminister Dr. Thomas de Maizière in seinem Amtssitz in Berlin Rüdiger Holecek und Wolfgang Schönwald für DEUTSCHE POLIZEI (DP).

DP: Die IS-Miliz hat ihre Anhänger aufgerufen, Bürger aller Staaten zu töten, die sich der internationalen Koalition gegen sie angeschlossen haben. Dazu gehört auch Deutschland. Wie verändert sich dadurch die Bedrohungslage, und wie müssen die Sicherheitsbehörden darauf reagieren?

Dr. de Maizière: Deutschland steht unverändert im Fokus des internationalen Terrorismus. Das ist jetzt möglicherweise durch die Gräueltaten der Terrororganisation IS, die Entwicklung in Syrien und im Irak und durch die Drohaufrufe klarer und sichtbarer für die Bevölkerung geworden. Aber die Bedrohung für die USA, für Europa oder Australien ist real und nicht neu. Der Anspruch der IS-Terroristen ist ja nicht nur einen islamischen Staat in der Levante zu errichten. Sie erheben einen Gefolgschaftsanspruch gegenüber allen Muslimen in der ganzen Welt. Das ist empörend und auch für die Muslime in Deutschland eine Zumutung. Es war wichtig, dass sich die islamischen Verbände davon klar distanzieren haben.

DP: Was ist die Konsequenz daraus?

Dr. de Maizière: Wir müssen wachsam bleiben und alles Erforderliche unternehmen, um zu verhindern, dass radikalisierte Kämpfer ihren sogenannten Dihad in unsere Städte tragen. Ich füge aber auch hinzu, eine absolute Sicherheit und eine perfekte Vorbeugung gegen Anschläge gibt es nicht – nirgendwo auf der Welt, auch nicht in Deutschland. Polizei und Nachrichtendienste unseres Landes gehen bereits jetzt aktiv, hart und erfolgreich gegen erkannte Gefährder und Tatverdächtige vor. Wir verhindern, wenn es irgend geht, die Ausreise, ebenso die spätere Wiedereinreise. Als Folge des von mir am 12. September ausgesprochenen Betätigungsverbot für die Terrororganisation „Islamischer Staat“ sind Propaganda und Aktivitäten zu Gunsten des IS und damit auch Rekrutierungsaufrufe in Deutschland verboten. Wer dennoch in Deutschland für den IS wirbt, macht sich strafbar. Das ist eine sehr weitgehende Maßnahme. Und wir prüfen jetzt, ob es darüber hinaus noch Lücken gibt, die wir dann schließen wollen.

DP: Welche Chancen bestehen, deutschen Islamisten die Reisemöglichkeiten zu begrenzen, den Pass oder gar den Personalausweis zu entziehen?

Dr. de Maizière: Wir können viel unternehmen und unternehmen auch viel. Wir verhindern die

se beispielsweise durch den Entzug des Reisepasses, wenn Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass sich eine Person dem Terror anschließen will. Wir verhindern die Wiedereinreise bei denjenigen, die Ausländer sind und die ihr Aufenthaltsrecht verwirkt haben. Wir verhaften zurückkehrende Kämpfer, und es werden Ermittlungsverfahren gegen sie eingeleitet. Wir können bislang nicht den Personalausweis

wollen, dass deutsche Soldaten an der Seite der Kurden gegen IS kämpfen müssen, dann müssen wir wirksam verhindern, dass nicht Kämpfer aus Deutschland und Europa auf Seiten von IS gegen Kurden, Jesiden, Christen und Moslems vorgehen.

DP: Ein wichtiges Thema ist die Strafbarkeit?

Dr. de Maizière: Die aktive Unterstüt-

Wir reden von 13- bis 15-Jährigen, die teilweise über die Türkei dort hin reisen. Ist das eine neue Qualität und sind diese Personen unberechenbar?

Dr. de Maizière: Natürlich beunruhigt mich das. Minderjährige sind leichter verführbar als Erwachsene. Ich bin erschüttert darüber, wie schnell sich Radikalisierungsprozesse vollziehen – innerhalb von Monaten. Es gibt eine Studie über die Herkunft dieser



Bundesinnenminister Dr. Thomas de Maizière im Gespräch mit Rüdiger Holecek (r.) und Wolfgang Schönwald (l.).

Foto: GdP/Immel

entziehen. Gemeinsam mit meinen Länderkollegen plädiere ich für einen Entzug des Personalausweises und die Ausstellung von Ersatzpapieren. Uns muss aber auch klar sein: Absolute Sicherheit wird es hier nicht geben.

DP: Weil die Grenzen offen sind ...

Dr. de Maizière: Wenn ich mit dem Auto in eines unserer Nachbarländer fahre, dann bin ich eben weg. Deswegen ist eine effiziente Überwachung von Reisewegen in Krisenregionen wichtig. Dafür arbeiten wir in Europa und international, beispielsweise mit den USA oder der Türkei, eng zusammen und sorgen für einen raschen und möglichst vollständigen Informationsfluss. Wenn wir nicht

zung einer terroristischen Vereinigung im Ausland ist bereits strafbar. Aber die reine Anwesenheit in einem Ausbildungslager und die Werbung für terroristische Vereinigungen als solche sind nicht strafbar. Über mein Verbot im Zusammenhang mit dem Vereinsrecht gilt das aber jetzt in Bezug auf IS. Über den sich aus der bindenden UN-Resolution ergebenden Umsetzungsbedarf, insbesondere was die Reisetätigkeit gewaltbereiter Personen in Jihad-Gebiete anbetrifft, bin ich mit dem Justizminister im Gespräch.

DP: Herr Minister, beunruhigt Sie die Tatsache, dass unter den ausgereisten Kämpfern auch viele Minderjährige sind.

Djihadisten aus Deutschland. Da ist alles dabei: Erfolgreiche und beruflich nicht Erfolgreiche, solche mit und solche ohne Schulabschluss, relativ viele vorbestraft wegen Eigentums- oder anderen Delikten. Viele wurden in Gefängnissen angeworben, viele in der Salafisten-Szene in Deutschland. Dass Menschen, die hier aufgewachsen sind – in einem friedlichen und demokratischen Land mit Religionsfreiheit – innerhalb von einem halben oder ganzen Jahr bereit und fähig sind, extreme Gewalt auszuüben, zu hassen und zu töten, das ist ein unglaubliches Phänomen, dem wir noch näher nachgehen müssen. Wir müssen verstehen, welche Faktoren diese Radikalisierung begünstigen. Nur





Foto: GdP/Immel

wenn wir sie früh erkennen, können wir rechtzeitig handeln. Das Thema hat viele Facetten, es hat viel mit der Polizei zu tun, und auch mit Staatsanwälten, Gerichten und Gefängnissen. Aber unsere Sicherheitsbehörden können das Problem allein nicht lösen. Wenn sich Menschen so schnell verändern, dann müssen Familien, Freunde, Angehörige und auch Moscheegemeinden handeln. Wir haben eine Beratungsstelle für solche Fälle beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Wir betreuen dort rund 250 betroffene Familien. Wenn sich Menschen von ihrem bisherigen Umfeld isolieren, dann ist es ein sehr wichtiges Alarmzeichen. Hier ist unsere Gesellschaft gefordert.

DP: Der Kreis der Personen, der von den Sicherheitsbehörden beobachtet werden muss, wird immer größer – also zu den klassischen Gefährdern ...

Dr. de Maizière: Wir reden etwa über 200 bis 250 Gefährder. Das sind deutlich mehr als früher.

DP: ... kommen jetzt noch die Rück-

kehrer, die möglicherweise Kampferfahrung in Syrien und Irak gesammelt haben. Sprengt das nicht die Grenzen der Beobachtungskapazitäten?

Dr. de Maizière: Wir können nicht alle Gefährder rund um die Uhr überwachen. Im Übrigen ist es im Wesentlichen auch die Aufgabe der Länder. Die Sicherheitsbehörden des Bundes und der Länder sitzen im Gemeinsamen Terrorabwehrzentrum zusammen. Und da werden alle diese Fälle beraten. Schwerpunkte und Prioritäten werden dort gemeinsam gebildet. Diejenigen, die aus den Kampfgebieten mit Kampferfahrung kommen, sind natürlich im Fokus der Beobachtung. Bei dieser Gelegenheit würde ich gerne noch mal sagen: Maßnahmen wie Observation und Überwachung gelten bei vielen in der Bevölkerung als schlecht und als etwas, was man eigentlich nicht tun dürfte. Ich kann nur sagen, um der Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland willen und für den Schutz der Bürgerinnen und Bürger sind – unter rechtsstaatlichen Bedingungen, versteht sich – Überwa-

chungsmaßnahmen aller Art geboten und zwingend erforderlich. Und diejenigen, die das tun, verdienen Respekt und Anerkennung und nicht Tadel und Misstrauen.

DP: Rund 450 potenzielle Terrorkämpfer sind bislang ausgereist. Rechnen Sie damit, dass es noch mehr werden, dass sich da eine Eigendynamik entwickelt, weil Jugendliche und junge Leute, die hier in Deutschland leben, glauben, sich religiös beweisen zu können?

Dr. de Maizière: Das müssen wir abwarten. Klar ist, dass die Lage äußerst dynamisch ist. Die Zahl der Ausreisen in Krisenregionen hat sich in einem Jahr mehr als verdoppelt. Unter den Zurückkommenden gibt es Menschen, die geheilt sind von jeder Art von Gewaltanwendung und Gewaltexzessen. Die sagen auch ihren Freunden: Das mache ich nicht wieder! Es gibt aber auch andere, die kampferprobt zurückkommen, von ihren Kampferlebnissen berichten und in der Szene als Helden gelten, die sich zum Teil im Internet brüsten mit dem, was sie getan haben. Da be-



steht natürlich die Sorge, dass die andere anstiftet, ihnen ins Kampfgebiet zu folgen. Wie sich das entwickelt, wird man sehen. Das hängt auch davon ab, ob es gelingt, den Vormarsch der IS-Terroristen zu stoppen und zurückzudrängen. Und deswegen ist es ein wichtiges Ziel der internationalen Völkergemeinschaft, IS zu stoppen, und Deutschland beteiligt sich auf seine verantwortungsvolle Weise daran.

DP: Funktioniert die Zusammenarbeit mit den Verbündeten sowohl bei der Bekämpfung von IS, aber auch bei der Identifizierung und Beobachtung der Rückkehrer?

Dr. de Maizière: Was die Verbündeten angeht, so funktioniert die Zusammenarbeit sehr gut. Mit Frankreich, den Niederlanden, den Amerikanern und vielen anderen Staaten. Das muss es auch. Wir hatten ja den Fall, dass ein Franzose in Deutschland gelandet, über Frankreich nach Belgien gereist ist und dort einen Anschlag verübt hat. Und wir haben auch auf Bitten der Franzosen eine andere Person, die in Deutschland ankam, verhaftet. Und umgekehrt wird es auch

so sein. Es wäre ausgeschlossen zu glauben, dass wir Sicherheit erhöhen, wenn wir das alleine tun wollten. Es kann ja umgekehrt auch so sein, dass ein Franzose, ein Belgier oder ein Niederländer in Paris, in Brüssel oder Amsterdam landet und mit dem Auto nach Deutschland kommt und hier einen Anschlag plant. Deshalb ist die internationale Zusammenarbeit zwingend. Dazu gehört, dass wir mit unseren europäischen Partnern die Instrumente des Schengen-Raums, beispielsweise das Schengener Informationssystem, an die aktuellen und zukünftigen Herausforderungen anpassen.

DP: Und die Nachrichtendienste?

Dr. de Maizière: Die enge Zusammenarbeit mit den Diensten ist ebenfalls sehr wichtig. Deswegen nutze ich dieses Interview auch, nochmals zu sagen: Bei aller Kritik, die es geben mag und der sich Nachrichtendienste auch stellen müssen, wir brauchen für eine wehrhafte Demokratie Nachrichtendienste und wir brauchen eine Zusammenarbeit mit und zwischen Nachrichtendiensten. Das ist mit unseren Verbündeten selbstverständ-



Foto: GdP/Immel



Foto: GdP/Immel

lich. Aber wir brauchen auch die Zusammenarbeit mit Nachrichtendiensten von Staaten, die nicht die gleiche freiheitliche demokratische Grundordnung haben wie wir, die aber im Kampf gegen den Terrorismus mit uns zusammenarbeiten. Das ist kompliziert und da gibt es Grenzen. Aber solche Zusammenarbeit ist um unserer eigenen Sicherheit willen zwingend geboten.

DP: Sollte die Türkei restriktiver mit ihren Grenzkontrollen umgehen?

Dr. de Maizière: Wir haben gut reden hier in Deutschland mit unseren Nachbarn. Die Türkei gehört zur NATO. Ihre Nachbarn sind Syrien, Irak, Iran. Da ist die Lage kompliziert. Und wenn an einem Wochenende über hunderttausend Flüchtlinge in die Türkei kommen und die dortige Regierung es hinkriegt, die irgendwie unterzubringen, dann finde ich manche Kritik an der Türkei ganz schön selbstgefällig. Wir arbeiten mit der Türkei auch mit Blick auf Reisewege der Dihadisten zusammen. Aber wir sind auch nicht die Einzigen, die auf die Zusammenarbeit mit der Türkei



angewiesen sind. Sie ist nun mal so ein Transitland für wahrscheinlich 3.000 Kämpfer aus Europa. Dass die türkischen Dienste jeden Einzelnen, der mit dem Auto über Balkanstaaten durch die Türkei an die syrische Grenze fährt, komplett erfasst und dieses uns gemeldet wird, ist einfach mal schwierig. Deswegen sage ich: Die Zusammenarbeit ist gut. Ja, sie könnte manchmal etwas besser sein. Sie ist mit uns auch besser, als mit anderen Verbündeten. Das ist gut



Foto: GdP/Immel

so. Die Türkei ist natürlich auch in einer schwierigen Situation, weil sie im Kampf gegen die PKK und in der konstruktiven Rolle, die sie im Nordirak durch die Kurden sieht, natürlich eine schwierige Balance zu wahren hat. Aber auch die Türkei hat sich der Allianz zum Kampf gegen die Terrormiliz IS angeschlossen.

DP: Sie haben die notwendige Zusammenarbeit mit den Nachrichtendiensten betont und die Unerlässlichkeit der Überwachung der Telekommunikation, um Terrororganisationen wie IS zu bekämpfen und Anschläge in Deutschland möglichst zu verhindern. Welche Defizite sehen Sie bei den rechtlichen und technischen Möglichkeiten zur Bekämpfung solcher Erscheinungsformen? Sehen Sie überhaupt noch eine Chance, die Vorratsdatenspeicherung wieder einzuführen?

Dr. de Maizière: Das Urteil des Europäischen Gerichtshofs hat die Debatte nicht erleichtert. Einige Ver-

fassungsgerichte in anderen Staaten haben jetzt die nationalen Gesetze aufgehoben – Österreich, Slowenien, Rumänien. Aber ich bedauere auch, dass die Debatte um die sogenannte Vorratsdatenspeicherung eine solche Symbolbedeutung bekommen hat, wie sie der Sache eigentlich nicht angemessen ist. So ist es manchmal in der Politik. Wenn wir einen neuen Anlauf nehmen, muss der sitzen – fachlich, verfassungsrechtlich und europarechtlich. Und daran arbeiten wir. Fachlich halte ich eine verfassungskonforme Regelung in der Vorratsdatenspeicherung nach wie vor für unerlässlich.

DP: Was Ihnen sicher ebenso Sorgen macht wie uns: Bei den pro-palästinensischen Demonstrationen im Zusammenhang mit dem sogenannten Al-Quds-Tag, der in Deutschland von vielen Muslimen mittlerweile wie ein Feiertag begangen wird, sind viele antisemitische, antijüdische Parolen laut geworden. Eine Stimmung ist zu Tage getreten, die jüdische Mitbürger und ihre Verbände beklagen und in Angst versetzt. Auf vielen Demonstrationen werden in Fremdsprachen Reden gehalten, Parolen skandiert oder Plakate gezeigt. Wäre eine Änderung des

Demonstrationsrechts denkbar, dass ausschließlich in der Landessprache politische Kundgebungen durchgeführt werden müssen? Um dann auch möglicherweise eingreifen zu können?

Dr. de Maizière: Ich will zunächst eine Vorbemerkung machen. Ein Innenminister, ob vom Bund oder vom Land, ein Verantwortlicher der Sicherheitsbehörden und jeder Polizist darf und muss sich Sorgen machen und muss in einer Gesellschaft schauen, wo Bedrohungen und Gefährdungen sind. Aber wir dürfen nicht zum Opfer der Sorgen werden. Ein wacher, kritischer Blick auf die Sorgen und Gefahren muss dazu dienen, Lösungen zu erarbeiten und sich realistische Ziele zu setzen. Die Bevölkerung erwartet von uns nicht, dass wir ihre Sorgen verstärken, sondern die Sorgen aufnehmen und Lösungen anbieten. Das ist jedenfalls mein Amtsverständnis. Wir sind eine wehrhafte Demokratie, wir können auch kritische Demonstrationen aus-

halten. Wir sind ein Volk von 80 Millionen Menschen, wenn verhetzende oder beleidigende Rufe von Demonstranten zu hören sind, dann ist das gegebenenfalls ein Fall für die Staatsanwaltschaften und Ordnungsbehörden. Aber sie erschüttern nicht die Grundfesten unserer wehrhaften Demokratie. Dafür sind wir zu stolz und gefestigt. Und deswegen freue ich mich über zwei Dinge, die in der letzten Zeit passiert sind: Die Demonstration vor dem Brandenburger Tor, wo die ganze Republik in einer überwältigenden Mehrheit gesagt hat, dass wir keine antisemitischen Parolen auf unseren Straßen wollen. Wir wollen, dass hier alle Juden sicher und geschützt leben können und nicht, dass sie angepöbeln werden. Die zweite Aktion war der Aufruf der Islamverbände. Sie haben kritisiert, dass es Brandanschläge auf Moscheen gibt. Sie wenden sich gegen die Furcht vor dem Islam. Sie haben sich davon distanziert, dass Terroristen den guten Namen der muslimischen Religion missbrauchen. Ich glaube, dies hatten die Radikalisierten auch nicht erwartet. Im Ergebnis ist unsere Bevölkerung enger zusammengerückt. Und trotzdem wird es weiterhin radikale Minderheiten geben. Und leider ist es immer noch so, dass vor jeder jüdischen Einrichtung Polizeibeamte stehen müssen, um diese zu schützen. Ich träume jedoch davon, in einem Land zu leben, wo das nicht mehr nötig ist. Wenn die Vertreter der jüdischen Gemeinden aber sagen, trotz alledem sind wir in Deutschland zu Hause und lassen uns nicht wegemonstrieren, dann ist das bei allen Sorgen, die es gibt, ein Zeichen von Stärke, und das sollten wir auch betonen.

DP: War die sogenannte Scharia-Polizei in Wuppertal nach Ihrer Einschätzung mehr ein PR-Gag, oder ist sie ernst zu nehmen?

Dr. de Maizière: Möglicherweise sollte es ein PR-Gag sein. Möglicherweise war es eine

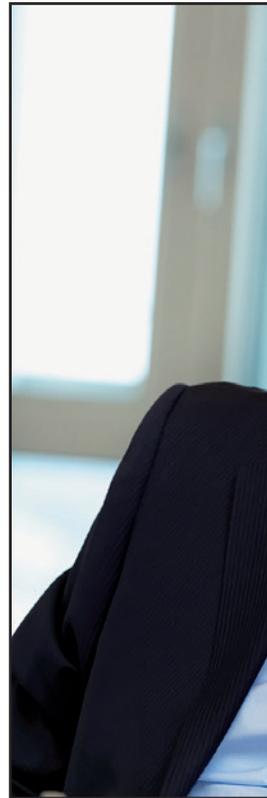




Foto: GdP/Immel

Umdeutung in einen PR-Gag. Im Nachhinein war es möglicherweise ein Test, ob wir uns irgendwie wehren. Das ist mir, ehrlich gesagt, völlig gleichgültig. Die Motive der Betroffenen sind da für mich zweitrangig. Aber der Versuch, irgendwo in Deutschland und sei er noch so klein, das Gewaltmonopol des Staates,

den Alleinvertretungsanspruch rechtsstaatlicher Polizei und den Geltungsbereich des Grundgesetzes und unserer Strafgesetze in Frage zu stellen, dem muss von Anfang an entschlossen entgegengetreten werden. Und ich freue mich, dass Bund und Länder, also der NRW-Innenminister und ich als Bundesinnenminister, von Anfang dem entschlossen entgegengetreten sind. Das wird auch in Zukunft so sein.

DP: Die Aufgabenliste für die Polizei wird immer länger. Zudem müssen jedes Wochenende viele tausend Polizistinnen und Polizisten bundesweit bei Fußballspielen für Sicherheit sorgen. Das ist angesichts der Personalsituation schwierig geworden. Es gibt einen Vorstoß aus NRW, es mal mit einem niedrigeren Kräfteansatz zu probieren.

Dr. de Maizière: Bund und Länder haben viele gemeinsame Einsätze. Nicht nur, wenn wir den G8-Gipfel haben oder einen Castor-Transport, sondern jedes Wochenende rund um den Fußball. Und da unterstellt sich der eine dem anderen Einsatzleiter vor Ort. Egal, wo die Polizisten herkommen, aus dem Bund oder einem Land. Das ist eine große Leistung. Diese gemeinsame Leistung bedeutet auch, dass wir nicht vorher oder

hinterher politisch – von Ländern zu Ländern, von Ländern zu Bund oder vom Bund zu Ländern – rummeckern und Einsätze kritisieren. Die werden gemeinsam geplant, gemeinsam durchgeführt und jeder Einsatz muss auch kritisch ausgewertet werden. Aber nicht durch öffentliche Belehren von Politikern über den Zuständigkeitsbereich hinaus. Daher tue ich mich schwer, ein solches Einsatzkonzept aus NRW positiv



Foto: GdP/Immel

oder negativ zu bewerten. Ich finde es richtig, dass der dortige Innenminister gesagt hat, wir probieren das mal aus. Ich will daran erinnern, dass angesichts der schweren Ausschreitungen rund um den 1. Mai in Berlin die dortige Polizei mit Unterstützung von Bund und Ländern jahrelang versucht hat, das richtige Maß von Polizeipräsenz und Deeskalation zu finden. Und es jetzt nach Jahren gefunden hat.

DP: Auf den Fußball bezogen heißt das?

Dr. de Maizière: Der Einsatz und die Einsatzstärke müssen vor Ort entschieden werden. Das muss von Fußballspiel zu Fußballspiel entschieden werden, es gibt keine generelle Linie. Unser Hauptproblem ist inzwischen nicht mehr die Gewalt in den Stadien der Bundesliga. Zum Teil auch nicht mehr allein die Gewalt der an- und abreisenden Fans, obwohl das immer noch gewichtig ist. Sondern die Zu-



Foto: GdP/Immel





Foto: GdP/Immel

nahme von Gewalt in unteren Ligen und die gegenseitige Gewaltanwendung aus Anlass eines Spiels, auf einem Marktplatz, in einem der Veranstaltungsorte oder sogar außerhalb. Oder Gewalt auf einem Bahnhof, wenn zwei Fangruppen sich begegnen, manchmal kommt dann sogar noch eine Hooligan-Gruppe dazu, um beide anzugreifen. Die Zahl der eingesetzten Polizisten muss dann operativ vor Ort entschieden werden. Ich finde es jedenfalls richtig zu sagen, wir sind für die öffentliche Sicherheit als Polizei verantwortlich. In den Stadien ist der Verein zuständig. Die Vereine müssen viel in ihre Fan-Arbeit stecken. Und gemeinsam müssen wir sehen, wie wir das Thema Gewalt in den unteren Ligen angehen. Immerhin können wir feststellen, dass – wenn man das Jahr 2013 mit 2012 vergleicht – wir einen Rückgang der Einsatzstunden und Einsätze hatten. Bei der Bundespolizei waren es sieben Prozent weniger anlassbezogene Arbeitsstunden beim Thema Fußball. Bei den Polizeibehörden der Länder 6,7 Prozent. Das ist immer noch verdammt viel, über eine Million Arbeitsstunden der Länder nur wegen des Fußballs. Aber die Richtung stimmt.

DP: Sie haben eben dafür plädiert, nicht zum Opfer der eigenen Sorgen zu werden. Es gibt allerdings einen Punkt, der

uns als GdP große Sorgen bereitet. Das ist die zu beobachtende, zunehmende Gewalt gegen Polizeibeamtinnen und -beamte und ein offensichtlicher Autoritäts- und Respektverlust. Darüber haben Sie bei der letzten Innenministerkonferenz (IMK) in Bonn ihre Betroffenheit zum Ausdruck gebracht und wollten sich das mal näher ansehen. Haben Sie schon eine Erklärung gefunden oder eine Gegenstrategie für dieses Phänomen?

Dr. de Maizière: Wir haben im Koalitionsvertrag vereinbart, dass der Schutz von Polizeibeamten und Einsatzkräften vor gewalttätigen Übergriffen verbessert werden soll. Viele denken hier an eine erhöhte Strafbarkeit. In der letzten Legislaturperiode haben wir die Strafbarkeit im Paragraph 113 Strafgesetzbuch erhöht. Bund und Länder wollen bis Anfang nächsten Jahres evaluieren, ob weitere Maßnahmen geboten sind. Nur, wenn Straftäter in Hamburg Gehwegplatten vorsätzlich in die Scheibe eines Polizeifahrzeuges, in dem zwei Polizisten sitzen, werfen – dann reden wir nicht über

Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte, sondern über vorsätzliche Körperverletzung oder sogar über ein Tötungsdelikt. Und deswegen sollten wir uns nicht nur auf den Paragraphen 113 StGB konzentrieren.

DP: Warum?

Dr. de Maizière: Es gibt zwei Dinge, die mich empören. Einmal das Ausmaß von brutaler Gewalt gegenüber Polizisten. Das ist eine Sache des harten Strafrechts im Bereich Körperverletzung und Tötungsdelikte. Und zum anderen der Bereich der Pöbeleien und der Respektlosigkeit. Das ist aber auch kein Fall von Paragraph 113 StGB, sondern das macht einem Polizisten das Leben schwer. Wenn ein Polizist nachts einen betrunkenen Ehemann davon abhält, seine Frau weiter zu prügeln und der Polizist dann von den Nachbarn wegen Ruhestörung angepöbelt wird, anstatt dass sich die Nachbarn mit dem Polizisten gegen den prügelnden Ehemann solidarisieren, dann ist das für einen Polizisten verdammt schwer zu ertragen. Dessen werden wir aber mit dem Strafrecht nicht Herr. Wir erleben ähnliche Phänomene gegenüber helfenden Rettungskräften,



Foto: GdP/Immel

gegenüber Mitarbeitern von Ausländerbehörden, in Hartz-IV-Behörden oder in Ordnungsbehörden. Wo Bürgerinnen und Bürger aller Nationalitäten einfach glauben, dass sie diese Menschen wie Fußballtreter benutzen können. Darüber müssen wir gesell-



TITEL/INNERE SICHERHEIT

schaftlich debattieren. Und zwar deutlich und hart.

DP: Was muss sich Ihrer Meinung nach ändern, Herr Minister?

Dr. de Maizière: Natürlich ist das Verhältnis zwischen Beamten, Angestellten des öffentlichen Dienstes und Bürgern nicht mehr ein Über-, Ober- und Unterordnungsverhältnis, wie es früher einmal war. Ich halte aber auch nichts davon zu sagen, ein Bürger ist immer ein Kunde. Wenn sie eine Abrissverfügung für ein Haus ausstellen, fühlt sich derjenige, der die Abrissverfügung bekommt, nicht als Kunde der Behörde. Wenn sie ein Auto abschleppen, weil der Betroffene falsch parkt, dann ist das kein Dienstleistungsverhältnis zu einem Kunden, sondern dann ist das ein notwendiger Eingriff gegenüber einem Falschparker. Und natürlich ärgert man sich als Bürger. Man darf sich auch darüber ärgern, am besten über sich selbst, weil man falsch geparkt hat. Aber das darf doch nicht in Respektlosigkeit gegenüber denen, die einen staatlichen Auftrag erfüllen, umschlagen. Es ist eine sehr gute Sitte, dass bei Gerichten Urteile im Namen des Volkes ergehen. Da sagen manche: In meinem Namen aber nicht, weil es ein Fehlurteil sei. Aber es ist klar, es ist nicht der Richter als Person, der ein Urteil trifft, sondern dieser Staat, und das gilt im Grunde für jede Vollzugsmaßnahme eines Polizisten auch. Ja, diese kann fehlerhaft oder unverhältnismäßig sein. Polizisten sind keine Heiligen. Aber hier gibt es Disziplinarrecht oder auch Strafverfahren gegen Polizisten. Das ist alles in Ordnung. Aber das prinzipiell jeder, der für den Staat einen Dienst leistet, wie alle anderen auch, mit ein bisschen mehr Respekt behandelt werden sollte, das finde ich absolut wichtig und richtig. Vielleicht ist das altmodisch, aber gewisse Formen braucht dieser Staat auch, um bestehen zu bleiben.

DP: Sind Analysen zu den Ursachen angedacht?

Dr. de Maizière: Ja, wir überlegen, ob wir das Umfeld näher ausleuchten. Ist das eine generelle Zunahme? Sind das mehr junge als alte Leute? Ist das ein Problem sozialer Schichten? Was ist eigentlich los in

unserem Land? Ich sehe auch mit Sorgen die Ruppigkeit im Internet. Da ist ebenfalls eine Verrohung von Sitten zu beobachten. Ich finde, dass wir solche zivilisatorischen Errungenschaften wie Respekt und Höflichkeit, sich zu bedanken und eine Bitte zu äußern und trotzdem energisch seine Position vertreten zu können, bei aller Modernität erhalten müssen. Das braucht eine zivilisierte Gesellschaft.

DP: Was würden sie der GdP für den bevorstehenden Kongress wünschen?

Dr. de Maizière: Ich wünsche dem Bundeskongress der Gewerkschaft der Polizei, dass es gelingt, für die schweren Aufgaben der Polizistinnen und Polizisten in Deutschland in der Gesellschaft noch mehr Akzeptanz zu finden. Ich finde es sehr interessant, dass der Polizistenberuf, einer der beliebteste Beruf ist und unverändert sehr hohe Achtung erfährt. Viel höher als bei Politikern. Und trotzdem wird gegenüber dem einzelnen Polizisten oft Kritik geübt. Es passt doch nicht zusammen, die Polizei an sich gut zu finden, aber wenn Polizisten gegenüber dem Bürger berechtigt vorgehen, dies dann schlecht zu finden und zu kritisieren. Polizisten verdienen Respekt und Anerkennung.

DP: Herr Minister, Sie haben die Umfragen angesprochen. Worin sehen Sie diesen Widerspruch?

Dr. de Maizière: Ich glaube, der Punkt ist, dass wir bei der Werbung zu viel auf die angenehmen Seiten hingewiesen haben. Was ist die Polizei eigentlich? Ist sie dein Freund oder Helfer? Natürlich ist das ein Teil der Polizeiarbeit, wenn der Polizist in die Schule geht und beispielsweise Fahrradunterricht gibt. Oder bei der Aufklärung des Einbruchs hilft. Aber ein Polizist muss auch einen festnehmen und mittelbar Gewalt anwenden oder nachts in ein Haus stürmen. Das ist das Gewaltmonopol des Staates. Dies ist die repressive Seite der Polizei, die ein Staat auch braucht. Da darf man sich nicht wundern, wenn dann gesagt wird, so hatte ich mir die Polizei aber nicht vorgestellt.

DP: Herr Minister, wir danken für das Gespräch.



Im Aktionszeitraum ab 99,- € Warenwert versandkostenfrei bestellen!

COP® Specials November / Dezember 2014 * Gültig vom 20.10. - 31.12.2014



1 Einsatzstiefel adidas® GS69.2
Art.-Nr. 85807295-Größe UK
Farbe: schwarz
Größen: (EU 36 - 50), UK 3,5 - 14
Verfügbar in 1/2 Größen
Gewicht 1 Stiefel in Gr. 43: 724 g

Aktionspreis! €139,90
statt 184,99**

Zertifiziert als Berufsschuh gem. EN347/02



2 Taschenlampe COP® 8503N2 LED
Art.-Nr. 18503N2
Länge: 12,9 cm
Durchmesser: 2,7 cm Körper, 3 cm Kopf
Gewicht mit Batterie: 127 g
Leistung: 230 Lumen
Leuchtdauer: 30 Stunden
Inkl. 3 AAA-Batterien
Lebensdauer der LED: 100.000 h
Mit Cree® XP-G LED Leuchtmittel.

Aktionspreis! €29,90
statt 49,99**

LED 230 Lumen

Sehr handliche und leichte LED-Lampe mit perfekter Lichtausbeute im Verhältnis zu Größe u. Gewicht!



3 Universalholster COP® 1407
Art.-Nr. 21407
Farbe: schwarz
Material: Nylon

Aktionspreis! €5,90
statt 9,99**

PASSENDES HOLSTER



4 Einsatzhandschuh COP® CR214 TS
Art.-Nr. 320214TS-Größe
Größen: XS - 3XL, Farbe: schwarz
Handinnenseite aus weichem, strapazierfähigem Ziegenleder. Schnittschutzfutter aus Kevlar® im Bereich der Hand- und Fingerinnenseiten. Prüfung nach EN388 am 14.01.2009 durch Institute für Testing and Certification, Tschechische Republik.

Aktionspreis! €29,90
statt 39,99**

EN 388
Abriebfestigkeit: Kategorie 2
Schnittfestigkeit: Kategorie 2
Weiterreißfestigkeit: Kategorie 3
Durchstichfestigkeit: Kategorie 2



5 Polizeiausrüstungstasche COP® 904
Art.-Nr. 904 BAG-2
Volumen: 35 l; Farbe: schwarz
Material: 100% Polyester
Außenmaße: 46 x 24 x 32 cm (L x B x H)
Innenmaße: 42 x 20 x 30 cm (L x B x H)
Die Befestigungsmöglichkeit für Aufschriften ist vorbereitet. Reißfestes, hochwertiges Polyester.

Aktionspreis! €45,90
statt 64,99**



6 Traser® H3 Armbanduhr „Outdoor Pioneer“
Art.-Nr. 560102905
Farbe: schwarz; Durchmesser: 44 mm
Stärke: 13 mm; Gewicht mit Silikonarmband: 69 g. Ausgestattet mit selbstleuchtenden trilight®-Einlagen. Dichtigkeit: 20 bar, 200m. Geeignet zum Schnorcheln und gerätfreiem Freitauchen in geringer Tiefe.

Aktionspreis! €169,90
statt 199,99**

selbstleuchtend



7 Tactical Langarm Crew T-Shirt Under Armour® ColdGear®
Art.-Nr. UA12443940-Größe (olivgrün)
Art.-Nr. UA12443945-Größe (schwarz)
Art.-Nr. UA12443948-Größe (beige)
Farben: schwarz, olivgrün, beige
Größen schwarz: 5 - 3XL, beige + oliv: 5 - 2XL
Material: 87% Polyester, 13% Elasthan
Langärmeliges Hemd mit ColdGear® Technologie.

Aktionspreis! €49,90
statt 64,99**

FITTED

coldgear FÜR KALTE TAGE
Hält warm und trocken



8 Taschenleuchte QuiLite X LED Akku inkl. Diffusoraufsatz XFLARE
Art.-Nr: QL-XRW2
Länge: 8 cm; Breite: 2,3 cm; Gewicht: 42 g
Leistung: max. 75 Lumen. Wiederaufladbare Version der QuiLite Pro inkl. abnehmbarem Diffusoraufsatz XFLARE.

Aktionspreis! €39,90
statt 64,99**

Gezeigt ist nur ein Auszug aus unserem Angebot an Rest-u. Sonderposten sowie II. Wahl Artikeln. Zu finden unter der Rubrik: Angebote/Restposten auf www.cop-shop.de

COP Vertriebs-GmbH · Klenauer Straße 1a · 86561 Oberweilbach · Germany
Telefon +49(8445)9296-0 · Fax +49(8445)9296-50 · E-Mail service@cop-gmbh.de

www.cop-shop.de

* Frühere unverbindliche Preisempfehlung des Herstellers | ** Angebots-/Aktionspreis gültig vom 20. Oktober bis 31. Dezember 2014 | *** ethemaliger Verkäuferpreis. Farben können drucktechnisch bedingt abweichen. Druckfehler und Preisränder vorbehalten.

Kalif Ibrahim und das Vermächtnis des Abu Mussab al-Zarqawi

Die Terrormiliz des Islamischen Staates (IS) in „göttlicher Mission“

Von Berndt Georg Thamm

Mit dem Islamischen Staat (IS) ist von Syrien und dem Irak aus ein djihadistisches Machtzentrum entstanden, das realpolitisch die multi-ethnische und multi-konfessionelle Staatenwelt des Nahen Ostens bedroht, die arabisch-islamische Welt in ihrem religiösen Selbstverständnis erschüttert und seinen Glaubenskrieg inzwischen auch in die westliche Welt trägt. Die IS-Terrormiliz hat vor gut vier Monaten ein Feuer mit der Proklamation des Kalifats entfacht, dessen Expansion zum Weltenbrand werden könnte.

Vor dem Hintergrund dieser apokalyptischen Gefahr schwor US-Präsident Barack Obama am 10. September, dem Vorabend des 13. Jahrestages des 9/11, die Amerikaner in einer Rede an die Nation auf eine lange Zeit des Kampfes ein. Wenig später präzisierte ein Sprecher des Weißen Hauses, dass die USA mit dem IS in einem Krieg seien, „in derselben Weise, wie wir uns in einem Krieg mit al-Qaida und deren Verbündeten rund um die Welt befinden“. Obama rief die Welt zu einem internationalen Militärbündnis auf. In der Folge nahm diese „Koalition der Willigen und Fähigen“ immer klarere Konturen an. Nach einer Anti-Terror-Konferenz in der saudischen Hafenstadt Dschidda erklärten zehn arabische Staaten in einer Stellungnahme ihre Beteiligung an dieser Allianz – ebenso wie Kanada und weitere NATO-Mitglieder. Mitte September einigten sich auf einer Unterstützerkonferenz in Paris, an der 30 Staaten – unter ihnen 5 Mitglieder des UN-Sicherheitsrates – teilnahmen, auf ein gemeinsames Vorgehen im Kampf gegen die IS-Terrormiliz. Diese rief eine Woche später zur Tötung von Bürgern aller Staaten auf, die sich der internationalen Konferenz gegen ihr Kalifat angeschlossen haben. Der Mordaufruf wurde auf Arabisch sowie in englischen, französischen und hebräischen Übersetzungen veröffentlicht.

Gotteskrieger unter dem schwarzen Banner des Jihad

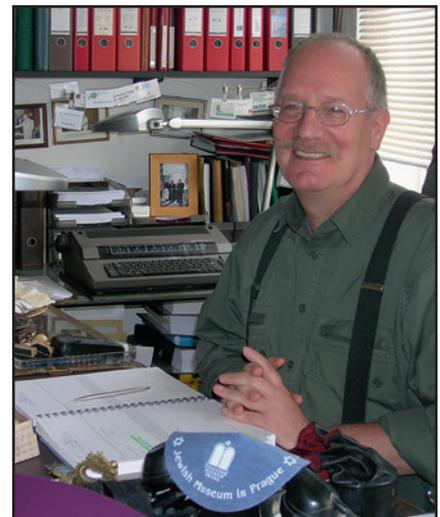
Schwarz war wohl einst die Kriegs-

flagge der Soldaten des Kalifen von Bagdad – und schwarz ist die Fahne des Kalifats, das über 1.260 Jahre später in Mossul, aber ebenfalls in Mesopotamien Mitte 2014 ausgerufen wurde. „Es gibt keinen Gott außer Gott“ (La ilaha il’Allah), dieser erste Satz des islamischen Glaubensbekenntnisses steht auf ihr, darunter das Siegel des Propheten Muhammad. Die Mitstreiter des sich Ibrahim (Abraham) nennenden Kalifen sehen sich als „wahrhaft Gläubige“ (mu’minun), was für die „Ungläubigen“ (kuffar) oft tödliche Konsequenzen hat, insbesondere für Anhänger anderer islamischer Konfessionen, allen voran der „Sekte des Verrats“ – den Schiiten. Angehörige anderer Buchreligionen wie Juden und Christen müssen konvertieren oder Schutzgelder zahlen oder flüchten, andernfalls werden sie getötet. Angehörige anderer Glaubensrichtungen, so die kurdischen Yeziden, werden als Götzendiener verfolgt und mit dem Tode bedroht. In ihrer radikalen Auslegung des Islam sind für die Gotteskrieger unter dem schwarzen Banner alle Formen des Volksglaubens Gotteslästerung und Götzenanbetung. Heiligenverehrung, Gräberwallfahrten und andere Personenkulte sind verboten und ziehen bei Übertritten drastische, archaische Strafen nach sich. Unübersehbar ist mittlerweile die Spur der Verwüstung ihres „Kulturkampfes“ – zerstörte Moscheen, Denkmäler, Gräber und andere Heiligtümer. Darüber hinaus werden nicht-arabische Ethnien, wie die Turkmenen (Schiiten) und insbesondere die Kurden (Sunniten) vertrieben und/oder massiv bekämpft.

Die Gefährlichkeit dieses religiös-motivierten Terrorismus liegt in der

einzigartigen Kombination von Alt und Neu – von Elementen einer Stammesreligion des 7. Jahrhunderts mit der technischen Intelligenz des 21. Jahrhunderts.

Dem aus der al-Qaida-Bewegung hervorgegangenen Islamischen Staat ist es – wie keiner anderen islamischen Organisation zuvor – gelungen, diese bizarre Kombination zu verwirklichen. Im heutigen Kalifat, dessen syrisch-irakische Fläche der Groß-Britanniens entspricht, sind die schwarz gewandeten Gotteskrieger in „göttlicher Mission“ unterwegs, zu der auch die zur



DP-Autor und Terrorexperte
Berndt Georg Thamm.

Foto: Holecek

Legion gewordenen Gräueltaten unter wehrlosen Zivilisten gehören. Ihre auf der Verbreitung von Angst und Schrecken basierende und offenbar effektive Strategie führt zu immer neuen Kämpfern, deren Anzahl auf mehrere Zehntausend geschätzt wird, darunter Stammeskrieger sunnitischer Irakis mit zehnjähriger Kampferfahrung und mehrere Tausend „Foreign Fighters“: ausländische Djihadisten aus insgesamt 80 Staaten der Welt.

Der Jihad ist finanziell mehr als ab-



Typisch Ford:
der schönste Arbeits-
platz der Business-Klasse



DER NEUE FORD MONDEO TURNIER

➤ **Ford Dynamic LED-Scheinwerfer**

Damit der Arbeitsplatz im besten Licht erscheint, verfügt der neue Ford Mondeo Turnier über Dynamic LED-Scheinwerfer. Die passen sich der Umgebung und Fahrsituation automatisch an und sorgen stets für eine optimale Ausleuchtung der Straße.

Für mehr Informationen wählen Sie 0800 80408042*

Kraftstoffverbrauch (in l/100 km nach VO (EG) 715/2007 und VO (EG) 692/2008 in der jeweils geltenden Fassung): 7,5–3,6 (kombiniert). CO₂-Emissionen: 174–94 g/km (kombiniert).

Abbildung zeigt Wunschausstattung gegen Mehrpreis. *kostenlos aus dem deutschen Fest- und Mobilfunknetz.



Eine Idee weiter





ISIS-Kämpfer posieren in Syrien mit ihren Waffen.

Foto: Medyan Dairieh/ZUMA Wire/dpa

gesichert: Durch Ölverkäufe wie Treibstoffschmuggel, durch den Verkauf antiker Objekte auf dem illegalen Kunstmarkt, durch Steuereintreibungen im Herrschaftsgebiet und letztlich durch Lösegelderpressungen gefangener Geiseln. Das Vermögen des IS geht wahrscheinlich in den Milliardenbereich, so Schätzungen Mitte September. Sein Führer Kalif Ibrahim hatte sich schon Anfang Februar mit dem Führer der (dagegen „verarmten“) al-Qaida-Zentrale Aiman al-Zawahiri überworfen, ganz in der Tradition seines verehrten Vorbildes Abu Mussab al-Zarqawi, der viele Jahre zuvor als Emir der al-Qaida im Irak (AQI) eine breite Blutspur hinterlassen hatte. Sein Erbe ist ein Bürgerkriegskonzept, das seinerzeit schon von der al-Qaida-Führung wegen der Brutalität abgelehnt worden war und das heute im Bürgerkrieg in Syrien und den Raubzügen im Irak eine grausame Renaissance erlebt. So führte das am 19. August ins Internet gestellte IS-Video mit dem Titel „Botschaft an Amerika“ zu einem Déjà-vu-Erlebnis. Das Video, das die Enthauptung des seit 2012 in Syrien verschollenen US-Journalisten

James Foley zeigte, erinnerte an ein zehn Jahre altes Hinrichtungsvideo aus der Frühzeit des Irak-Krieges. Im Mai 2004 war auf einer Internetseite radikaler Islamisten ein Video mit der Enthauptung des Anfang April entführten US-Geschäftsmannes Nicholas Berg aus Philadelphia zu sehen. Das Mordvideo trug den Titel: „Abu Mussab al-Zarqawi schlachtet einen Amerikaner“.

Abu Mussab al-Zarqawi – von Afghanistan in den Irak mit der Vision vom Kalifat

Seine Geburtsstadt Zarqa führte zum Kampfnamen des palästinensischen Jordaniers „Vater Mussab aus Zarqa“ – Abu Mussab al-Zarqawi (1966-2006). Den ersten großen Dschihad der Moderne, den Krieg in Afghanistan (1979-1989) verpasste er knapp, blieb aber bei den sich anschließenden Bürgerkriegsausinandersetzungen bis 1993 am Hindukusch. In jenen Jahren verinnerlichte er insbesondere die Botschaften des

palästinensischen Scheichs Abdullah Yusuf Azzam (1941-1989), der den „Märtyrerkult“ gepredigt und Kriegsveteran Osama Bin Laden (1957-2011) für seine „Bewegung des islamischen Welt-Dschihad“ interessiert hatte – in djihadistisch-salafistischer Kurzfassung: Ablehnung der Moderne, Rückkehr zu den Wurzeln des Islam, Ausrufung des Kalifats.

Ein gutes halbes Jahrzehnt später ließ sich Zarqawi Ende 1999 erneut in Afghanistan, mittlerweile Emirat der Taliban nieder. Anfang 2000 übernahm er die Leitung eines Trainingslagers der al-Qaida in Herat und baute die Kampfgruppe „Einheit Gottes“ (al-Tawhid) auf, deren deutsche Zelle im Ruhrgebiet auf seine Weisung hin später Anschläge auf jüdische Ziele in Berlin und Düsseldorf plante. Anfang 2001 leistete Judenhasser Zarqawi den Treueschwur auf Osama Bin Laden, Monate später bekam er in Kandahar von der al-Qaida finanzielle Mittel, um Jordanien anzuwerben und Anschläge gegen Israel zu organisieren. Nach den Terroranschlägen der al-Qaida in New York und in Washington am 11. September 2001



begann nur vier Wochen später am 7. Oktober die US-geführte Anti-Terror-„Operation Enduring Freedom“ (OEF) in Afghanistan. Auf Seiten der Taliban standen 12.000 Dihadisten aus über 40 Ländern. Zu den 2.000 Kämpfern der verbündeten al-Qaida gehörte Zarqawi. Die Kapitulation der Taliban am 6. Dezember 2001 war auch das faktische Ende ihres Emirats. Zarqawi floh in den Iran. Anfang April 2002, seine deutsche al-Tawhid-Zelle war gerade zerschlagen worden, begab er sich in den Irak und war später in Bagdad – einst Sitz der Abbasiden-Kalifen über rund 500 Jahre.

Vielleicht ermutigte auch diese glorreiche Geschichte Zarqawi zur Vision eines Kalifats vom Golf bis nach Syrien und letztlich Jerusalem, für dessen Errichtung er auch einen Plan hatte. Aus seiner Sicht sozusagen der Gegenentwurf zu einem „schiitischen Superstaat, der vom Iran über den Irak, über Syrien und den Libanon sich erstrecken könnte“ und dessen Errichtung es zu verhindern galt – mit allen Mitteln.

Für überzeugte radikale Sunniten wie Zarqawi waren Schiiten keine Muslime, sondern „Abtrünnige vom wahren Glauben“. Zum großen Dihad in Afghanistan war er 1989 zu spät gekommen. Nun im Irak war er 2002 „zu früh“, begann doch die US-geführte Koalitionsoffensive „Operation Iraqi Freedom“ (OIF) gegen Saddam Hussein erst am 20. März 2003, der am 13. Dezember bei Tikrit festgenommen, später von einem irakischen Gericht zum Tode verurteilt und Ende 2006 hingerichtet wurde.

Bereits am 1. Mai hatte US-Präsident George W. Bush die Kämpfe für beendet erklärt. Es folgte jedoch ein Krieg nach dem Krieg bis 2011. Zeit genug für Zarqawis Pläne. „Die Amerikaner sind in den Irak eingedrungen, um Großisrael zu schaffen, reichend vom Nil bis zum Euphrat. Sie haben gedacht, dass es für sie einfach werden würde. Aber sie täuschen sich, weil unsere Brüder Widerstand leisteten“, schrieb er später.

Zarqawis Bürgerkriegskonzept – Tod den Schiiten, der Sekte des Verrats

Am Widerstand hatte sich Zarqawi schon im ersten Kriegsjahr 2003/2004 mit der Gründung der Gruppe „Einheit und Heiliger Krieg“ (al-Tawhid wa al-Jihad) beteiligt. Im Frühjahr 2004 forderte er in Tonbotschaften die Muslime auf, am Dihad im Irak teilzunehmen. Zeitgleich begann sein Terrornetzwerk mit der Geiselnahme vornehmlich westlicher Staatsbürger. Mit dem Video von der Enthauptung des US-Bürgers Berg, das Mitte Mai ins Internet gestellt wurde, begann seine auch auf Mordvideos basierende psychologische Kriegsführung. Kein halbes Jahr später machte die US-Militärführung ihn und seine 500 bis 1.000 Dihadisten für den Tod von 675 Irakern und 40 Ausländern verantwortlich. Das auf ihn gesetzte Kopfgeld wurde von 10 auf 25 Millionen

Anzeige



»**WIR** wollen einfach in die eigenen vier Wände.«

Gemeinsam mehr als eine Bank

Sparda-Baufinanzierung: Deutschlands fairster Weg ins Eigenheim.

Deutschlands Kunden haben entschieden: Die fairste Finanzierung* rund um das eigene Dach über dem Kopf gibt's bei der Sparda-Bank. Nutzen Sie das aktuelle Zinstief und die günstigen Konditionen der Bank, die Ihren Mitgliedern gehört. Umfassende Beratung und einfache Abwicklung inklusive.

Jetzt beraten lassen: www.sparda.de

* FOCUS MONEY (Ausgabe: 50/2013): Fairster Baufinanzierer; 3 weitere Banken erhielten die Note sehr gut; Im Test: Die größten Baufinanzierer in Deutschland

Sparda-Banken

freundlich & fair



Dollar erhöht. Am 17. Oktober 2004 erneuerte Zarqawi seinen Treueschwur gegenüber Bin Laden und nannte in Verbundenheit seine Gruppe in „Basis des Heiligen Krieges im Land der zwei Ströme“ (al-Qaida al-Jihad fi Bilad al-Rafidain) um. In der Folge erkannte Bin Laden 2005 Zarqawis Gruppe an und erklärte diesen zu seinem Stellvertreter im Irak. Seitdem schrieb die Gruppe als al-Qaida im Irak (AQI) blutige Schlagzeilen.

Seit dem Einmarsch der Amerikaner war unter den von Hussein bis dahin unterdrückten schiitischen Klerikern im Irak ein Machtkampf entbrannt. Mit dem Führer des Obersten Rats der Islamischen Revolution im Irak entschied sich die schiitische Mehrheit für eine „kritische Kooperation mit der Besatzungsmacht“. Verrat aus Sicht der Widerstand leistenden Dihadisten, allen voran Zarqawi: „Schon immer in ihrer Geschichte waren sie eine Sekte des Verrats, die den Sunniten Kampf und Rache schwor. Sie tragen den Spaltpilz in die Welt der Muslime“.

Vor dem Hintergrund der schiitischen Bündnispolitik mit den Ungläubigen entwickelte Zarqawi ein auf Terroranschlägen basierendes Kriegskonzept. Die Schiiten sollten durch gezielte Anschläge in einen „Wahn der Racheakte gegen die Sunniten“ getrieben werden, da einzig ein dann folgender Bürgerkrieg im Land die Voraussetzungen für die landfremden islamistischen Kämpfer schuf, von quasi sicheren Unterschlüpfen aus ihren Dihad gegen die Amerikaner und deren arabische Kollaborateure bis zum Sieg einer islamischen Ordnung fortzuführen.

Schon früh hatte Zarqawi bei der Qaida-Führung nachgefragt, ob diese sein Bürgerkriegskonzept mittragen würde. In seiner an Osama Bin Laden geschickten „irakischen Botschaft“, die von der CIA im Januar 2004 abgefangen worden war, hieß es: „... Der Schlüssel zur Veränderung der Verhältnisse (aber) sind die Schiiten. Auf sie müssen wir zielen, sie müssen wir treffen, in ihrer religiösen, politischen, militärischen Kapazität ... Außerdem provozieren wir so, dass die Schia ihr wahres Gesicht zeigt ... Wir versetzen den Schiiten, wie ich dringend empfehle, Schlag um Schlag, lassen das Blut fließen ... Seht ihr die Dinge anders, lasst es uns wissen ...“

Zarqawis Bürgerkriegskonzept sah zudem vor, Zwietracht zwischen den



Von der Polizei aufgefundene Hieb- und Stichwaffen nach einer gewalttätigen Demonstration zwischen religiösen Gruppierungen Anfang Oktober in Hamburg. Foto: Markus Scholz/dpa

Ethnien zu säen. Für ihn als Araber waren die Kurden „ein Klotz in unserem Hals, ein Dorn, den es herauszuschneiden gilt“. Symbolisch dafür sollte zehn Jahre später die Schlacht um die nord-syrische Kurdenstadt Kobane stehen.

Die so angefragte ferne Qaida-Führung fand am Kriegskonzept ihres dortigen Emirs wenig Gefallen. So kritisierte Bin Ladens Vertreter al-Zawahiri im Juli 2005 in einem Schreiben an Zarqawi dessen brutalen Feldzug gegen die Schiiten im Irak und die Enthauptungen von Geiseln. Seine grausamen Anschlagserien würden den Absichten Bin Ladens, alle Muslime – Sunniten und Schiiten – im Kampf gegen die Ungläubigen zu vereinen, widersprechen.

Ein Zerwürfnis zwischen dem Schiitenhasser Zarqawi und den al-Qaida-Versöhnern in der afghanisch-pakistanischen Grenzregion war die Folge. Der Emir Zarqawi war damit der erste Qaida-Führer, der sich von der Befehlskette von oben (Kern-Qaida) nach unten (Qaida-Filiale) entfernte. Konsequenterweise strich er Ende 2005 den

Qaida-Bezug aus dem Namen seiner Dihadistengruppe. Mit ihr und nahestehenden Gruppen bildete er im Januar 2006 eine Dachorganisation namens „Schura-Rat der Mudjaheddin im Irak“. Zeitgleich wurde sein selbstpostuliertes Ziel des Religionskrieges durch Beschlüsse ranghoher sunnitischer Geistlicher gefährdet.

Zarqawis Krieg gegen die „schiitischen Schlangen“ hatte über die Jahre auch zu schlimmen Kollateralschäden unter den Sunniten geführt, was auf einer großen Versammlung sunnitischer Stämme im Irak thematisiert wurde. In der Folge beschloss der große Rat am 31. Januar 2006, Zarqawi aus dem Irak zu vertreiben. Er erklärte ihn zum Terroristen. Zunehmend im irakischen Widerstand isoliert, wurde er Opfer eines Verrats. Am 7. Juni 2006 wurde Zarqawi in seinem konspirativen Quartier in der Ortschaft Hibhib bei Bakuba rund 60 Kilometer nördlich von Bagdad durch einen US-Luftwaffenangriff tödlich verwundet. Islamisten in aller Welt



bedauerten den Tod des Emirs im Irak. Auch die al-Qaida-Führung wollte von einem Zerwürfnis nichts mehr wissen, lobte Zarqawi nun als „Prinzen der Märtyrer“. Doch so wenig wie mit Husseins Sturz der Irak-Krieg beendet war, so wenig war mit dem Tod Zarqawis der Widerstand im Irak gebrochen.

Zarqawis Erbe – der Islamische Staat im Irak (ISI)

In einem al-Qaida-Camp in Afghanistan hatten sie sich im Jahr 2000 kennengelernt. Nun wurde der Ägypter Abu Ajub al-Masri Zarqawis Nachfolger. Im Oktober 2006 benannte sich ihre Widerstandsorganisation in Islamischer Staat im Irak (ISI) um, wohl nicht nur in Gedenken des Kalifatsvisionärs Zarqawi. Dessen Kriegskonzept wurde beibehalten, trotz erneuter Nähe zur al-Qaida. Die Lage im Land wurde immer stärker von Auseinandersetzungen zwischen Sunniten und Schiiten geprägt. Auch wenn die ISI-

Djihadisten zunehmend in die Defensive gedrängt wurden, konnten ihre Anschläge im ganzen Irak nicht verhindert werden. Selbstmordattentate, zumeist Autobomben, töteten 2007 rund 1.900 Menschen, 520 waren es 2008 und fast 630 im Jahr darauf. Im Kampf gegen die Djihahterroristen gingen die US-Armee und irakische Sicherheitskräfte in einer gemeinsamen Operation am 18. April 2010 gegen die ISI-Führung vor, in der auch al-Masri den Tod fand. Keine vier Wochen später erklärte ISI einen neuen Mann zum Anführer. Als Sohn eines Religionsgelehrten wurde Ibrahim Ali al-Badri al-Samarrai 1971 im irakischen Samarra geboren.

Er soll Religionswissenschaften mit Abschluss in Bagdad studiert und als Prediger im Norden des Landes gewirkt haben. Kurz nach Einmarsch der Amerikaner schloss er sich dem al-Qaida-nahen Widerstand an. Von US-Streitkräften wurde er im Februar 2004 festgenommen und in ein in der süd-irakischen Wüste gelegenes Gefangenenlager verbracht. Zum En-

de desselben Jahres kam er frei und tauchte im djihadistischen Untergrund der Aql ab. Bekannt wurde er unter seinem Kampfnamen „Vater Bakr aus Bagdad“ – Abu Bakr al-Baghdadi. Die Führung des ISI hatte er drei Monate vor Abzug der US-Truppen im Irak und ein Jahr vor Beginn des Aufstandes in Syrien übernommen.

Am 31. August 2010 hatte US-Präsident Obama die Operation Iraqi Freedom für beendet erklärt. Bis dahin waren alle US-Kampftruppen abgezogen worden. Ein Restkontingent sollte bis Ende 2011 im Irak bleiben, vornehmlich zur Ausbildung irakischer Truppen. Zur über siebenjährigen Bilanz des im März 2003 begonnenen Golfkrieges gehörte ein dramatischer Blutzoll: allein über 106.000 irakische Zivilisten waren getötet worden. Die überwältigende Mehrheit davon wurde Opfer schiitischer und sunnitischer Todesmilizen oder starb durch über 2.000 Terroranschläge islamistischer Extremisten und Djihaht-Terroristen.

Nach dem Abzug der US-Kampftrup-

Anzeige



Auch die tapfersten Beschützer brauchen zuverlässigen Schutz.

Als Polizeibeamter sorgen Sie für Sicherheit. Aber wer sorgt für Ihre Sicherheit? Verlassen Sie sich am besten auf einen starken Partner – auf SIGNAL IDUNA. Die zur SIGNAL IDUNA Gruppe gehörende PVAG Polizeiversicherungs-AG bietet Ihnen speziell auf Ihre Bedürfnisse zugeschnittene Absicherungslösungen. Schließlich kennen wir die besonderen Risiken, die Ihr Dienst mit sich bringt. Informieren Sie sich jetzt!

SIGNAL IDUNA Gruppe, Unternehmensverbindungen Öffentlicher Dienst
Joseph-Scherer-Straße 3, 44139 Dortmund
Telefon 0231 135-2551, polizei-info@pvag.de, www.pvag.de

SIGNAL IDUNA 
gut zu wissen





Rauch steigt auf über der syrischen Stadt Kobane, wo sich bewaffnete Dihadisten des IS und kurdische Truppen erbittert bekämpfen.

Foto: Emin Menguarslan - Anadolu Agency/dpa

pen wurde das Land unter der neuen, vom Schiiten Nuri al-Maliki geführten Regierung, von einer Welle gezielter Morde, Entführungen und Überfälle überrollt, an denen nicht selten die ISI-Kämpfer beteiligt waren. Die ohnehin schon problematische Sicherheitslage verschlechterte sich weiter. Nach Angaben der UN-Mission im Irak (UNAMI) wurden 2010 fast 4.000, 2011 etwas über 4.000 und 2012 rund 4.500 Menschen Opfer politischer Gewalt. Auch nahmen die Spannungen zwischen der schiitisch dominierten Regierung von Ministerpräsident al-Maliki und dem sunnitischen Bevölkerungsteil zu, schlugen im Dezember 2012 in offene Proteste und schließlich gewaltsame Auseinandersetzungen um. Hunderte Menschen wurden Opfer von Anschlägen, von denen viele von ISI-Dihadisten begangen worden waren. Der von al-Baghdadi geführte ISI war wieder stärker geworden. Nun bot sich die Gelegenheit, ihn mächtig werden zu lassen, durch den „Glücksfall Bürgerkrieg“ im Nachbarland Syrien.

Der kurze Weg – vom ISI über ISIS und ISIL zum Islamischen Staat (IS)

Die Diktaturen in der arabischen

Staatenwelt galten bis vor 2011 als sehr stabil. Doch als sich am 17. Dezember 2010 in Tunesien ein Gemüsehändler und Familienvater in wirtschaftlicher Not vor einem öffentlichen Gebäude in der Kleinstadt Sidi Bouzid aus Protest verbrannte, säte er revolutionären Wind, der zum Sturm der Arabellion wurde. Nach Massenprotesten in Tunesien, dessen Präsident Ben Ali am 14. Januar 2011 nach Saudi-Arabien flüchtete, kam es in einem „arabischen Frühling“ zu Protesten für Freiheit und Brot in fast allen Ländern Nordafrikas und des Nahen Ostens: im Januar in Algerien, Jordanien, Ägypten, Jemen, Saudi-Arabien und Sudan; im Februar in Bahrain, Libyen, Oman und Dschibuti, Kuwait, Marokko, Irak, Mauretanien und Libanon. Nach den palästinensischen Gebieten hatte die Arabellion Mitte März auch Syrien erreicht. Hier folgten den anfänglichen kleinen Protesten Massenproteste, die ab Mitte 2011 durch bewaffnete Aktionen unterstützt wurden und zum Jahresende hin zum militärischen Kampf gegen das autoritäre Regime Baschar al-Assads führte. Diesen führte zunächst die am 29. Juli 2011 gegründete Freie Syrische Armee (FSA), ein Dachverband von später über 40 Gruppen unabhängiger Bürgermilizen.

Während des Aufstandes verließ sich das Assad-Regime nicht nur auf seinen

effektiven Sicherheitsapparat. Es nutzte auch die Regimetreue alawitischer Milizionäre (Shabiha) und die Hilfe libanesischer Hizbollah-Milizionäre und anderer schiitischer „Gastkämpfer“ aus dem Jemen, Irak und Iran. Auch die oppositionelle Bewegung blieb nicht lange allein. Zunehmend wurde in ihr eine „islamistische Strömung“ erkennbar, deren Einfluss auf den Aufstand mit der Zunahme bewaffneter Aktionen stieg (Hinweis der Red.: siehe DP 1/2014).

Im Januar 2012 hatte ISI-Führer al-Baghdadi Kämpfer nach Syrien geschickt, die zusammen mit anderen al-Qaida-Dihadisten eine „Unterstützerfront“ (Dschabhat al-Nusra) begründeten. Wenig später rief am 11. Februar Aiman al-Zawahiri, er hatte nach Bin Ladens Tod am 1. Mai 2011 die Führung der al-Qaida-Zentrale übernommen, die Muslime im Irak, in Jordanien, im Libanon und in der Türkei dazu auf, gegen das Assad-Regime zu kämpfen. Mit Syrien hätte man eine neue Operationsbasis mit Zugang zum Mittelmeer und ganz in der Nähe Israels. Verstärkt beteiligten sich nun auch die ISI-Dihadisten vom Irak aus am Bürgerkrieg in Syrien. Hier strebte inzwischen eine immer stärker werdende al-Nusra, die ganz im Sinne der al-Qaida die USA und Israel zu „Feinden des Islam“ erklärte, die Errichtung eines Islamischen Staates nach salafistischem Regelwerk an. Diese Entwicklung war für den ISI-Führer Grund genug, die al-Nusra mit seinem ISI zu verschmelzen. Im April 2013 erklärte al-Baghdadi die „Nusra-Front“ zu einem Teil seines ISI. Dieser neuen Vereinigung gab er den Namen Islamischer Staat im Irak und Syrien (ISIS).

Der Syrer Abu Mohammed al-Jawlani, Führer der al-Nusra, widersprach dieser Vereinigung, sah seine Front mehr als Teil der al-Qaida und leistete sogleich den Treueeid auf al-Qaida-Führer al-Zawahiri. Dieser annullierte die Zwangsvereinigung, was den ISIS-Führer Baghdadi jedoch nicht kümmerte: „Ich muss zwischen der Herrschaft Allahs und der Herrschaft al-Zawahiris entscheiden, und ich entscheide mich für die Herrschaft Allahs.“ So betrachtete er al-Nusra weiterhin als Teil des ISIS und den al-Nusra-Führer al-Jawlani als Abtrünnigen.

Zwischen den Gruppen war statt Kollaboration Konfrontation angesagt. Der Bürgerkrieg in Syrien entwickelte sich für die Opposition nun zum Mehrfrontenkrieg – mit Assad auf der einen und dem ISIS auf der anderen Seite.



HINTERGRUND

Der Aufruf des Qaida-Führers al-Zawahiri im Januar 2014, den Streit zu beenden, stieß auf taube Ohren. In der Folge wurde der „ungehorsame“ ISIS verstoßen. Der so „exkommunizierte“ al-Baghdadi hatte sich, wie sein Vorgänger al-Zarqawi vor neun Jahren, mit der Qaida-Führung überworfen, jedoch konsequenter und nachhaltiger.

Als nun unabhängiger Befehlshaber (Emir) stand er für einen uncompromisslosen Kampf für die Errichtung eines Gottesstaates, der sich nun nicht mehr nur über den Irak und Syrien erstrecken, sondern darüber hinaus auch den Libanon, Israel und Jordanien umfassen sollte – eben die ganze Levante, was der neue Name Islamischer Staat im Irak und der Levante (ISIL) verdeutlichte. In den von ISIL kontrollierten Gebieten hatte Baghdadi die am Euphrat gelegene syrische Provinzhauptstadt, das uralte Raqqa, zur provisorischen Hauptstadt seines Herrschaftsgebietes gemacht. Von diesem aus startete er Anfang Juni einen Feldzug gegen Bagdad. In einer Blitzoffensive nahmen die hoch mobilen ISIL-Kämpfer Mossul ein. In der zweitgrößten Stadt des Irak fielen ihnen riesige Waffenbestände und noch größere Geldmengen in die Hände. Am 11. Juni erreichten sie Tikrit, wo sich Sunniten des früheren Hussein-Regimes mit sunnitischen ISIL-Kämpfern gegen die Schiiten, den alten Feind, verbündeten. Ob dieser Bedrohung rief zwei Tage später das religiöse Oberhaupt der Schiiten im Irak, Großayatollah Ali al-Sistani, zum „Kampf gegen die sunnitischen Extremisten“ auf.

Kalif Ibrahim und die nahöstliche Keimzelle des künftigen Weltkalifats

Sein Gesicht war bis dahin meist verhüllt, dafür enthüllte sein vollständiger Kampfname alles, wofür er stand und was er wollte – Abu Bakr al-Baghdadi al-Husseini al-Quraishi. Abu Bakr war ein Gefährte des Propheten und nach dessen Tod 632 für zwei Jahre der erste Nachfolger (Kalif) Muhammads. Gegen die Abtrünnigen der Stämme stellte Abu Bakr die Autorität der islamischen Regierung in ganz Arabien wieder her und schickte Eroberungsheere nach Mesopotamien und Syrien. Bagdad war von 749 bis 1258 Sitz der Abbasiden-Kalifen – und von Bagdad aus sollte wieder ein Kalifat regiert werden. Al-Quraish war der Stamm,

zu dem Muhammad gehört hatte. Die „Abstammung in direkter Linie“ vom Propheten und seine Qualifikation (Religionsgelehrter) legitimierten Baghdadi für höchste Führungsämter – bis hin zum Kalifen.

Das letzte islamische Großreich hatte nach Ende des Ersten Weltkrieges aufgehört zu existieren. Der laizistische Nachfolger dieses osmanischen Kalifats, die Republik Türkei, hatte im März 1924 per Gesetz das Amt des Kalifen abgeschafft – was in der islamischen Welt einen Schock auslöste. 90 Jahre später beschloss der Rat (Schura) des ISIS/ISIL, das Kalifat wieder zu errichten. Mitten im Feldzug in Mesopotamien, die Kämpfer standen rund 170 Kilometer vor Bagdad, wurde am 29. Juni 2014 (Ramadan 1435) das Kalifat ausgerufen. In einer im Internet veröffentlichten Audiobotschaft ließ al-Baghdadi verkünden, es sei Zeit, dass die Umma (islamische Weltgemeinschaft) wieder auferstehe. Von der jetzigen irakisch-syrischen Kalifats-Keimzelle, in der schon die einst von den Koloni-

almächten gezogene Grenze (britisch-französisches Abkommen von Sykes & Picot 1916) nicht mehr existiere, würden in der Folge alle nationalen Grenzen vom Mittelmeer bis zum Persischen Golf ausgelöscht werden. Endziel ist ein Kalifat globalen Ausmaßes. Diese geographische Utopie des ad-Da'ula al-Islamiya (Islamischer Staat) wurde noch im Juli im Internet über Twitter als Landkarte verbreitet, die das IS-Territorium über den Nahen und Mittleren Osten, Nordafrika und Iberische Halbinsel, Südosteuropa, Kaukasien, Zentralasien und die subsaharischen Regionen Afrikas ausgedehnt darstellt. Die territoriale Entgrenzung führte zur Umbenennung des ISIS/ISIL, zu einem Namen ohne jeglichen Länderbezug – Islamischer Staat (IS).

Zum Kalifen der Keimzelle war von der Schura ISIL-Führer al-Baghdadi bestimmt worden. Als Kalif Ibrahim, Abraham gilt der Legende nach als Erbauer des „ersten Hauses Gottes auf Erden“, der Kaaba, stellte sich Baghdadi in die Reihe politisch-religiöser Herrscher

Anzeige



Der AirAnalyzer –
Messtechnik made in Germany.



TETRA-Funksysteme zuverlässig messen!

Als Betreiber eines TETRA-Funknetzes müssen Sie jederzeit die tatsächliche Leistung des eigenen Funksystems kennen. Der AirAnalyzer von fjord-e-design ist dafür das optimale Messgerät:

- Einfache Bedienung per Notebook – ideal für mobile Einsätze
- Technische Analyse der Funkkommunikation in Echtzeit
- Umfangreiche Standard-Funktionen, durch Lizenzen erweiterbar

Mehr Info erhalten Sie unter: info@hytera.de

Den AirAnalyzer live erleben: PMRExpo Köln, 25. – 27.11.2014, Halle 10.2, Stand B17.



www.fjord-e-design.com



POLIZEI PRAXIS

Aktuelle Informationen zu den neuesten Entwicklungen bei Einsatzmitteln für die Polizei.

Informieren Sie sich zum Beispiel über die führenden **Body-Cam-Systeme** – aktuell im Vergleich auf unserer Homepage.

WWW.POLIZEIPRAXIS.de

Unter allen Anmeldungen für unseren Newsletter, die vom 01.11. - 30.11.2014 erfolgen, verlosen wir fünf

Polizeiteddy-Schlüsselanhänger

Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.



Im Einsatz – im Thema. Kontakt Impressum Newsletter

POLIZEI PRAXIS

STARTSEITE THEMEN AUSGABEN PRODUKTE SERVICE

Sie sind hier > Startseite

[< Robustes Notebook für jeden Einsatz](#) [Robuste Uhren für Einsatz und Freizeit >](#)

BODY-CAM-SYSTEME IM VERGLEICH

In den vergangenen Monaten hat die Zahl der versuchsweisen Ausstattung von Streifenpolizisten mit sogenannten Body-Cam's, also mobilen Video/Audio-Aufzeichnungsgeräten, bundesweit zugenommen. Die bisherigen Erfahrungen können als sehr positiv zusammengefasst werden.

Daraus resultiert ein zunehmendes Informationsbedürfnis hinsichtlich der technischen Möglichkeiten der auf dem Markt befindlichen Systeme. Schließlich ist es nicht mit einer Kamera allein getan, viele Aspekte spielen bei der Entscheidungsfindung eine entscheidende Rolle. Eine zentrale Frage stellt die Weiterverwendung der Videodateien dar. Hierbei steht die Sicherheit der Dateien ganz oben auf der Liste der Anforderungen. Schließlich soll diese Datei bei Bedarf als Beweismittel dienen können.

POLIZEIPRAXIS hat die Systeme zweier Komplett-Anbieter gegenüber gestellt.

Das System AXONBody des auch für seine Distanz-Elektro-Kontrollwaffe bekannten Herstellers TASER und das System RS3-SX des Herstellers Reveal Media Inc. Beide Systeme befinden sich bei Polizeibehörden International im Einsatz und bewähren sich dort im täglichen Dienst.

Sowohl die AXONBody wie auch die RS3-SX bringen die gesamte Technik in einem Gehäuse unter. Diese Lösungen lassen aber noch genug Raum für wesentliche Unterschiede.

■ One-Box-Design

Die AXONBody setzt das One-Box Design sehr

SCHWARZES BRETT

Attraktive Angebote in unserer Rubrik PRODUKTE!!
Beachten Sie auch die attraktive Auswahl von Produkten für den polizeilichen und privaten Alltag. Einfach auf den REITER PRODUKTE klicken und schon finden Sie eine Vielzahl an Hilfsmitteln für Ihre... [\[mehr lesen\]](#)

PMRExpo 2014 vom 25. bis 27. November in Köln
Die Teilnehmer der PMRExpo erwartet auch in diesem Jahr eine abwechslungsreiche, spannende Veranstaltung mit einem Mix aus bewährten Formaten, aktuellen und zukunftsweisenden Inhalten sowie neuen... [\[mehr lesen\]](#)

Newsletter - Anmelden und Gewinnen!
Sie möchten über die neuesten Meldungen und Beiträge auf POLIZEIPRAXIS.DE informiert werden? Dann melden Sie sich noch heute für den Newsletter an! Unter allen Anmeldungen, die zwischen dem... [\[mehr lesen\]](#)

CAK-Seminare mit besonderer Relevanz für die Polizei
Mobile-Device-Security - Risiken und Schutzmaßnahmen
Welche Sicherheitsrisiken gibt es, welche Schutzmaßnahmen können getroffen... [\[mehr lesen\]](#)

NEWSLETTER ABONNIEREN

Ihre @ E-Mail-Adresse

Um unseren Newsletter zu abonnieren, geben Sie bitte Ihre E-Mail-Adresse ein und klicken auf absenden



Ansicht RS3-SX



Ansicht AXONBody

seit den Tagen des Propheten bis zum Ende des Osmanischen Reiches, dem alle Muslime der Welt (1,5 Milliarden!) nun Gehorsam schulden müssten. Als „Nachfolger des Gesandten Gottes“ (khalifat rasul Allah) forderte er deren Gefolgschaft ein. „Die Legalität aller Emirate, Staaten, Gruppen und Organisationen wird null und nichtig durch die Autorität des Kalifen und die Ankunft seiner Truppen in ihren Gebieten“, so der IS-Sprecher. Nach der Kalifats-Proklamation rief al-Baghdadi in einer Audiobotschaft zur Einwanderung in sein Kalifat auf, wandte sich insbesondere an Muslime mit militärischer und administrativer Expertise: „Muslime, eilt in euren Staat. Ja, es ist euer Staat“. IS veröffentlichte die Erklärung mehrsprachig – neben Arabisch in Englisch, Russisch, Französisch und Deutsch. Al-Baghdadi hat als „Befehlshaber der Gläubigen“ (amir al-mu'minin) einen absoluten Führungsanspruch. Ob dieser Totalität wird den wahhabitischen Saudis der Anspruch abgesprochen, die „wahren Verteidiger des Glaubens“ und damit Schutzherren aller Sunniten (und gegen die Schiiten) zu sein. Auch die Islamistszene wurde weltweit in Aufregung versetzt.

Mit der Kalifatsausrufung machte der IS der al-Qaida die globale Führungsrolle im Djihaad streitig, quasi eine Kriegserklärung an die Adresse al-Zawahiris. Kalif Ibrahim, dessen Herrschaft „die von Allah abgeseignete Regierungsform“ war, hat für islamistische Gruppen und Organisationen, deren (politische) Legitimationen vom Menschen (durch Wahlen) und nicht von Allah kam, nur Verachtung übrig. So sind für ihn ägyptische Muslimbrüder und die palästinensische Hamas „Abtrünnige im Glauben“. Al-Baghdadis totaler Führungsanspruch führte aber auch zu ersten Ergebnisadressen. So traten im Juli algerische „Soldaten des Kalifats“ (Dschund al-Khilafa) von der AQIM (Al-Qaida im islamischen Maghreb) zum IS über und Kämpfer der philippinischen Abu Sayyaf („Vater des Schwertes“) bekundeten im September ihre Sympathie. Anfang Oktober sagte die Führung des pakistanischen Taliban-Dachverbandes TTP (Tehrike Taliban Pakistan) Hilfe durch nicht näher spezifizierte Unterstützung zu.

In dem rund 300.000 Quadratkilometer großen irakisch-syrischen Islamischen Staat leben rund acht Millionen Menschen. Nach der Kalifats-Proklamation transformierte sich der

IS von reinen Kampftruppen hin zur Regierungsmacht. Da das Kalifat in Kriegszeiten aufgebaut wird, existieren zwei sich bedingende Strukturen nebeneinander. Zum einen das IS-Kriegskabinett, das die Brigaden dirigiert, die Kämpfer – vom Scharfschützen über den Selbstmordattentäter bis zum Kampftunnelbauer – mit Monatsgehältern von 300 bis 2.000 Dollar alimentiert und Feindesobservation und Einsätze koordiniert. Zum anderen wird das Kalifats-„Verwaltungsgebiet“ strukturiert.

Kämpfer aus Deutschland in Syrien/Irak

Von 2012 bis September/Okttober 2014 sind über 450 (darunter 60 bis 70 aus Berlin) vornehmlich junge Männer, die Mehrzahl zwischen 21 und 30 Jahre alt, von Deutschland nach Syrien gereist, um am Djihaad gegen das Assad-Regime teilzunehmen; darunter mindestens 24 Minderjährige, der jüngste war 13 Jahre alt, davon vier Mädchen. Diese reisten mit der Vorstellung einer „Djihaad-Ehe“ aus, um junge Männer zu heiraten, die sie als Kämpfer über das Internet kennengelernt hatten. Der überwiegende Teil hat sich dem IS angeschlossen. Über die Hälfte hat die deutsche Staatsbürgerschaft, gefolgt von türkischen, syrischen und russischen Staatsangehörigen. Bis heute sind zirka 120 (darunter 10 bis 20 aus Berlin) aus Nahost zurückgekehrt, von denen mindestens 25 an Waffen und Sprengstoffen ausgebildet wurden und an Kampfhandlungen teilnahmen. Im Kampf (Syrien seit 2012, Irak seit 2014) sind bisher mehr als 40 umgekommen, darunter 7 bis 10 durch „Märtyrer“-Einsätze (Selbstmordanschläge). In Deutschland werden bisher mehr als 200 Ermittlungsverfahren gegen Kämpfer oder Unterstützer der Terrorgruppe geführt.

Stand: September/Oktober 2014 (Zahlenwerk nach Bundesverfassungsschutzpräsident Hans-Georg Maaßen und BKA-Präsident Jörg Ziercke)

Ein System wird aufgebaut, das die Bevölkerung mit dem Nötigsten (Lebensmittel, Strom/Gas, Treibstoff) versorgt; öffentliche Einrichtungen (Moscheen, Schulen und Universitäten, Banken, Geschäfte) unterhält; für eine funktionsstüchtige Infrastruktur (Wasseraufbereitung, Müllabfuhr, Verkehrsregelung) sorgt und Regionalregierungen (Gouverneure in den Provinzen) aufstellt. Zur zunehmend differenzierten Bürokratie gehört eine eigene Polizei, Scharia-Gerichte, Zensur-Behörden und Büros für Beziehungen mit der lokalen Bevölkerung.

Mit Online-Zeitschriften macht sich das Kalifat weltweit bekannt, so mit dem Magazin „Dabiq“, dessen erste Ausgabe Anfang Juli in Englisch (Titel „The Return of Khilafah“) dem IS-Visionär Abu Mussab al-Zarqawi gewidmet war. Dieses Kampfmagazin, im August erstmals auch in Deutsch, wendet sich vornehmlich an „interessierte Muslime“ im Westen. Keiner weiß, wie lange dieses Kalifat existieren wird. Die Bestandsdauer scheint der mörderische Bürgerkrieg in Syrien (bisher über 190.000 Tote, über 6,5 Millionen Binnen- und über 3 Millionen Auslandsflüchtlinge) und das zerstörerische Chaos im Irak (seinerzeit führte der dortige Krieg zu 1,8 Millionen Binnen- und 2 Millionen Auslandsflüchtlingen) zu sichern. So gesehen stehen die Überlebenschancen des IS für Monate, wahrscheinlich Jahre gut. In dieser Zeit prägt das Kalifat global eine weitere Generation von Djihaadisten. An die heutige wandte sich Anfang Juli Kalif Ibrahim bei seinem ersten öffentlichen Auftritt von der Kanzel der al-Nouri-Moschee in Mossul in einem Predigervideo für die IS-Brigaden – mit einem Aufruf zur Teilnahme am Djihaad.

Djihaadistische Internationale – in tödlicher „göttlicher Mission“

Im Frühjahr 2013 wurde die Anzahl der ISIL-Kämpfer auf 5.000 bis 8.000 geschätzt. Mitte September korrigierte die CIA die eigene Schätzung von rund 10.000 auf 20.000 bis 31.500 Kämpfer. Die Kerntruppe setzte sich danach vornehmlich aus Irakern und Syrern zusammen, denen sich zwischen 8.000 und 10.000 ausländische Kämpfer angeschlossen haben. Die syrische Beobachtungsstelle für Menschenrechte geht von 50.000 Mann aus, darunter 12.000 Ausländer aus 50 Staaten der Welt. Die UN spricht von 13.400 Kämp-



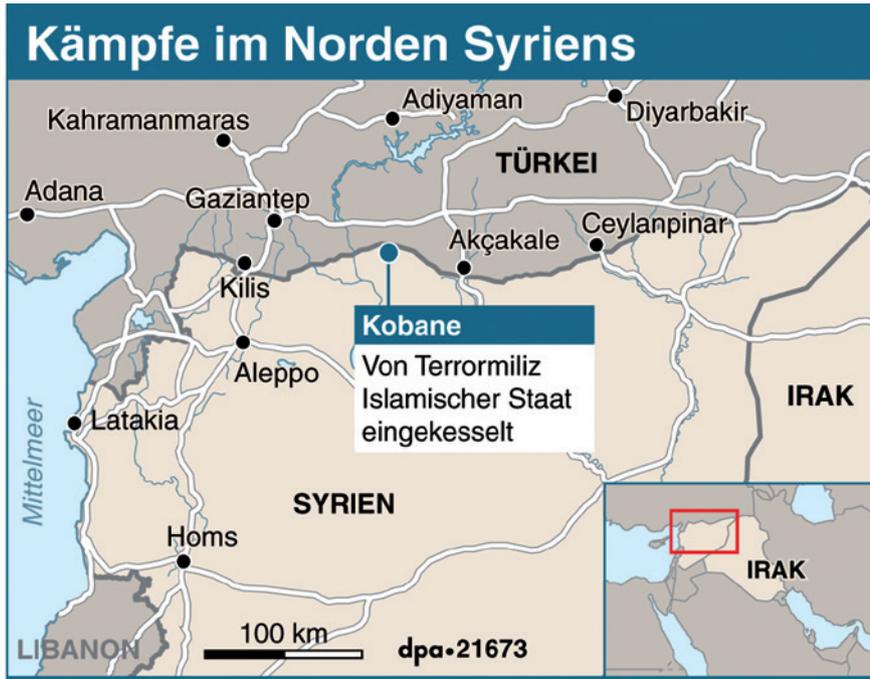
fern aus 80 Ländern, andere beziffern den Ausländeranteil gar auf 17.000. Zu den zeitlich ersten Ausländern gehörten Tschetschenen, unter ihnen erfahrene Kampfkommandeure. Sie bilden heute, zusammen mit Irakern, Saudis und Tunesiern, die „vier Sä-

kamen bisher schätzungsweise 3.000, um auf Seiten djihadistischer Gruppen am Bürgerkrieg in Syrien teilzunehmen. Inzwischen kämpft der überwiegende Teil auf Seiten der IS-Milizen. Ihre Herkunftsländer sind Großbritannien (500), Frankreich (780), Deutschland (450)

beigetreten. Er hätte, so hieß es später, die „deutsche Staatsbürgerschaft abgelegt und sei jetzt Bürger des Kalifats“.

Als IS-Propagandist ruft er insbesondere djihadistisch radikalisierte Salafisten in Deutschland (Hinweis der Red.: siehe DP 9/2012) dazu auf, sich dem IS anzuschließen. Diesem hat sich auch der afghanisch-stämmige Australier Mohammed Barjalei angeschlossen, der im April 2013 nach Syrien kam. Mitte September rief er zu einem Anschlag in Sydney auf. Einem dortigen Mitstreiter befahl er die Entführung eines Passanten und dessen Enthauptung vor laufender Kamera – was zum größten Anti-Terror-Einsatz in der Geschichte Australiens führte.

Wenige Tage später verschleppten „Soldaten des Kalifats“ in der nordalgerischen Kabylei den französischen Bergführer Hervé Gourdel und drohten mit dessen Hinrichtung, sollte Frankreich seine Luftangriffe auf IS-Stellungen im Irak nicht binnen 24 Stunden beenden. Wenig später wurde die Geisel enthauptet. Nicht nur diese Beispiele machen deutlich, dass der Dihad des Islamischen Staates inzwischen vom Nahen Osten aus Europa, Afrika, Asien und selbst Australien erreicht hat. Vor diesem Hintergrund warnte Mitte September Israel seine Bürger vor möglichen Terror-Anschlägen bei Reisen nach Europa – und nur zwei Wochen später appellierte die französische Regierung an ihre Bürger in etwa 30 Ländern, größte Vorsicht walten zu lassen. Und mehr als nüchtern vertrat das Internationale Institut für Strategische Studien (IISS) in London in der Vorstellung seines jährlichen strategischen Jahresberichtes am 18. September die Auffassung, dass die IS-Terrormilizen „die Welt in ein geopolitisches Dilemma gestürzt“ hätten.



Kurz vor Redaktionsschluss dieser Ausgabe ist die syrische Stadt Kobane noch heftig umkämpft. Die Dramatik spiegelt sich auch auf deutschen Straßen wieder.

Foto: A. Brühl/Redaktion: K. Pepping/dpa

len“ der IS-Miliz. Die meisten Ausländer kommen aus der arabischen Welt. Nach Regionen aufgeschlüsselt, stammen aus dem Maghreb über 5.000, angeführt von geschätzten 3.000 Tunesiern. Eine zumindest gleiche Anzahl kommt aus dem Nahen Osten, darunter 3.000 oder mehr Saudis und bis zu 1.000 Kämpfer aus der Türkei. Aus der „russischen Sprachregion“, dem früheren sowjetischen Orient, nehmen 1.500, mehrheitlich Kaukasier, am Krieg teil.

Um Unterstützung wirbt der IS auch in Pakistan. Vom Hindukusch sollen mittlerweile 1.000 bis 1.500 Talibankämpfer nach Syrien/Irak gezogen sein. Und auch aus anderen Ländern Asiens zieht es Dihad-Rekruten nach Nahost, so aus Indien, Malaysia, Indonesien und den Philippinen und selbst Uiguren aus Chinas Nordwestregion Xinjiang. Die kleinsten Kämpferkontingente des Westens stellen Australien mit 60 und die USA mit mehr als 100. Aus Europa

und Österreich (140), Belgien (150), Dänemark, Schweden und Norwegen (50). Aus den Balkanstaaten Bosnien, Mazedonien, Albanien und dem Kosovo sollen 370 Kämpfer stammen. Die Foreign Fighters kämpfen und sterben in Syrien seit 2012, im Irak seit 2014. Hunderte sind schon in ihre Heimatländer zurückgekehrt, ein Teil davon desillusioniert, traumatisiert, psycho-physisch verkrüppelt. Ein anderer Teil kehrt, gestärkt durch Kampferfahrungen im Bürgerkrieg, als indoktrinierte und gewaltbereite Dihadisten zurück. So der Franzose Mehdi Nemmouche, der 2013 für ISIS in Syrien kämpfte und nach seiner Rückkehr einen Anschlag im Jüdischen Museum in Brüssel im Mai verübte, der zwei Besucher aus Israel und zwei Angestellte in den Tod riss. Einen Monat vor dieser Mordtat war Abu Talha al-Almani, so der Kampfname des früheren „Gangsta-Rappers“ Denis Cuspert aus Berlin, nach seinem Treueschwur auf Al-Baghdadi dem ISIS

Epilog – al-Zarqawis Masterplan künftiger Schrecken

Als „Kalifatsvisionär“ hatte Abu Mussab al-Zarqawi 1993 Afghanistan Richtung Jordanien verlassen, wo er als gefährlicher Extremist im November 1996 zu 15 Jahren Freiheitsstrafe verurteilt wurde. Nach einem Amnestieerlass des Königs Abdullah wurde er Ende März 1999 aus der Haft entlassen. In seiner Gefängniszeit interviewte ihn ein jordanischer radikaler Glaubensbruder, der Journalist Fouad Hussein. Dieser veröffentlichte die Gesprächsinhalte mit



dem Dihadisten 2005 in seinem (in Arabisch erschienenen) Buch unter dem Titel „Al-Zarqawi: The Second Generation of al-Qaida“. In demselben wird ein „Masterplan der Gläubigen“ beschrieben, dessen Ziel in der Übernahme der Welt und deren Umwandlung in einen islamischen (Gottes) Staat in einem Zeitraum von 20 Jahren besteht (Hinweis der Red.: siehe DP 2/2006 und 9/2011). Beginnend mit der „Erweckung durch 9/11“ wollen die „Glaubenskämpfer“ den Plan bis 2020 in sieben Stufen erfüllen. Schwerpunkt der Stufe 4 (2010 bis 2013) war der Untergang der verhassten arabischen Regime. Der Beginn der „Arabellion“ 2011 fiel in jene Phase. Stufe 5 (2013 bis 2016) beschreibt den Zeitraum, „zu dem ein islamischer Staat oder ein Kalifat ausgerufen werden kann“; was ISIS/ISIL Ende Juni im Irak realisierte. Sobald das Kalifat ausgerufen ist, wird die „islamische Armee“ den Kampf zwischen Gläubigen und Ungläubigen schüren, was zur Stufe 6 (2016 bis 2018) führt, der Periode der „totalen Konfrontation“. Im Juli kündigte die IS-Führung eine Expansion nach Europa in den nächsten fünf Jahren an. Als Flüchtlinge getarnt könnten eingesickerte IS-Kämpfer hier früher oder später Anschläge begehen. Eigentlich sollte die Konfrontation nicht länger als ein paar Jahre dauern. Der letzten Stufe 7 (2018 bis 2020) ist nach der „Endschlacht“ (Armageddon) der „definitive Sieg“ vorbehalten.

Die IS-Terrormiliz „liegt gut in der Zeit“, aber eine international abgestimmte Anti-Terrorismus-Strategie der „ungläubigen“ Völkergemeinschaft sollte die „Planerfüllung“ der djihadistischen Soldateska verhindern können.

GdP beglückwünscht designierten Nachfolger für BKA-Chefposten

An der Spitze des Bundeskriminalamtes (BKA) steht ein Wechsel bevor: Der Bremer Innenstaatsrat Holger Münch wird neuer BKA-Präsident, wie das Bundesinnenministerium in Berlin bestätigte. Mit der diesjährigen Herbsttagung der Wiesbadener Kriminalbehörde Mitte November endet nach mehr als zehn Jahren die Amtszeit des bisherigen Chefs Jörg Ziercke, der in den Ruhestand geht. Der GdP-Bundesvorsitzende Oliver Malchow beglückwünschte nach dem Bekanntwerden der Personalie den 53-jährigen Münch zu seiner neuen, verantwortungsvollen Aufgabe.

„Ich freue mich, dass man Sie zum neuen Präsidenten des Bundeskriminalamtes ausgewählt hat. Hierzu gratuliere ich Ihnen im Namen der Gewerkschaft der Polizei herzlich. Eine große Herausforderung liegt vor Ihnen. Ich wünsche Ihnen auf Ihrem Weg viel Erfolg. Die Gewerkschaft der Polizei steht Ihnen gerne beratend zur Seite“, betonte Malchow in einem Schreiben an den designierten BKA-Chef.

Polizei von der Pike auf gelernt

Münch habe die Polizei von der Pike auf kennengelernt, jahrelang in der Führung von Kriminalpolizeidienststellen wie als Leiter des Landeskriminalamtes fundiertes Fachwissen erworben und sei somit für das neue Amt hoch qualifiziert, sagte der GdP-Bundesvorsitzende. Er übernehme das BKA in sicherheitspolitisch schwierigen Zeiten von seinem erfahrenen Vorgänger. Die GdP erhofft sich eine gute Zusammenarbeit mit dem neuen Mann an der BKA-Spitze, wie sie bereits seit vielen Jahren mit dem noch amtierenden Präsidenten bestehe.



Holger Münch Foto: Ingo Wagner/dpa

Auch BKA-Vizepräsident Jürgen Stock wird auf der zweitägigen Fachtagung in Mainz verabschiedet. Er war im Sommer zum neuen Generalsekretär von Interpol gewählt worden. **wsd**

Anzeige



Habichtswald-Klinik • Wigandstr. 1 • 34131 Kassel • www.habichtswaldklinik.de • info@habichtswaldklinik.de

... wieder Atem schöpfen



Habichtswald-Klinik

Fachklinik für Psychosomatik, Onkologie und Innere Medizin Kassel - Bad Wilhelmshöhe. In Mitten Deutschlands am Fuße des größten Bergparks Europas mit Herkules und Schloss Wilhelmshöhe sowie in direkter Nachbarschaft zu einer der schönsten Thermen liegt die Habichtswald-Klinik.

In ihrem Selbstverständnis als Klinik für Ganzheitsmedizin arbeitet die Habichtswald-Klinik auf der Ebene einer integrativen Betrachtung von Körper, Seele und Geist in einer Synthese aus Schulmedizin, Naturheilverfahren und komplementärer Therapien. Die Klinik hat einen Versorgungsvertrag nach §111 und ist nach § 30 GWO als beihilfefähig anerkannt.

Bei den Gesetzlichen Krankenkassen ist die Habichtswald-Klinik als Rehabilitationsklinik anerkannt, bei den privaten Krankenversicherungen als „Gemischte Einrichtung“ die auch Akutbehandlungen gemäß OPS 301 durchführt. Die Beihilfestellen rechnen mit der Klinik den allgemeinen niedrigsten mit den Sozialversicherungsträgern vereinbarten pauschalen Pflegesatz ab.

Spezielle Behandlungskonzepte zu

- Burn-out Symptomatik
- Tinnitus, Schwindel und Lärmschäden
- depressiver Erschöpfung
- Angstsymptomatik
- Traumatherapie
- Missbrauch von Suchtmitteln
- onkologischen und internistischen Erkrankungen

Kostenloses Service-Telefon: 0800 890 110 Telefon Aufnahmebüro: 0561 3108-186, -622



Handeln gegen Menschenhandel, Zwangsprostitution und sexuelle Ausbeutung

Rückblick auf zehn Jahre AG Menschenhandel der Frauengruppe (Bund) der GdP

Bereits seit zehn Jahren setzt sich die Frauengruppe (Bund) der GdP aktiv gegen den Menschenhandel zum Zweck der sexuellen Ausbeutung - Zwangsprostitution ein. Mit Inkrafttreten des Gesetzes zur Regulierung der Rechtsverhältnisse der Prostituierten (ProstG) am 1. Januar 2002 sollte die rechtliche und soziale Situation der Prostituierten verbessert werden. Die wesentlichen Änderungen damals waren die Abschaffung der Sittenwidrigkeit der Prostitution, Sicherung der Einklagbarkeit des Lohnes einer Prostituierten und Erleichterung des Zuganges zur Sozialversicherung.

Die angestrebten Ziele wie den Entzug des Bodens für kriminelle Begleiterscheinungen der Prostitution, die Schaffung von Erleichterungen beim Ausstieg aus der Prostitution sowie die Sicherung besserer, möglichst wenig gesund-

AG Menschenhandel war und ist sehr wohl bewusst, dass es unterschiedliche Standards in den einzelnen Kommunen zur Prostitution, aber auch unterschiedliche Erscheinungsformen gibt, so das Dortmunder Modell und diverse Sperrbezirksregelungen.

der „guten“ Verdienstmöglichkeiten für diese Tätigkeit entschieden haben, gibt es jedoch die Opfer. Gemeint sind die Opfer von Menschenhandel, die erkennbar gegen ihren Willen zur Prostitution gezwungen werden und diejenigen, die nicht zwangsweise, aber unter großem Druck und durch „falsche“ Versprechungen der Prostitution nachgehen.

Sensibler Umgang mit den Opfern

Die AG beschäftigte sich detailliert mit den Auswirkungen des ProstG. Im März 2006 fand die Bundesfrauen-



Die AG Menschenhandel und Zwangsprostitution bei der Anpassung und Überarbeitung des GdP-Positionspapiers Anfang Oktober in Berlin.

heitsgefährdender Arbeitsbedingungen wurden nicht beziehungsweise minimal erreicht. Den Mitgliedern der

Neben den selbstbestimmt arbeitenden Frauen und Männern, die sich bewusst und aus freien Stücken wegen

konferenz unter dem Motto „Handeln gegen Menschenhandel“ statt. In den gefassten Beschlüssen der Bundes-





frauenkonferenz und des Bundeskongresses im November 2006 setzte sich die GdP langfristig für eine effektive Bekämpfung des Menschenhandels zum Zweck der sexuellen Ausbeutung (Paragraf 232 StGB) mit konkreten Vorschlägen ein. Grundlage für jede Bekämpfung dieses Deliktfeldes ist der sensible Umgang mit den Opfern und deren Gewinnung als (unverzichtbare) Zeuginnen. Dies bedeutet auch, dass die Opfer eine angemessene Bedenkzeit, eine kontinuierliche medizinische

(v. l.) **Elke Gündner-Ede, Geschäftsführender GdP-Bundesvorstand; Dr. Birgit Schweikert, BMFSFJ; GdP-Bundesvorsitzender Oliver Malchow und Erika Krause-Schöne, GdP-Bundesfrauenvorstand.** Foto: Zielasko

tungen anderer Gesetze, zum Beispiel Asylbewerberleistungsgesetz oder Sozialleistungen, angerechnet. In diesem Jahr erfolgt eine Änderung: Die gegenseitige Verrechnung wird aufgehoben und die Entschädigungszahlungen verbleiben anrechnungsfrei beim Opfer.

Entschließung zur stärkeren Reglementierung des Betriebes von Prostitutionsstätten (BR-Drs. 314/10) zu.

Die Bundesregierung selbst zog kei-

Anzeige



Zwei Drittel der Opfer aus Ost- und Südosteuropa

und psychologische Betreuung und einen gesicherten Aufenthaltsstatus erhalten, wie es bereits in der Richtlinie 2004/81/EG vom 29. April 2004 eingefordert wurde.

Diese Opferschutzrichtlinie wurde jedoch in Deutschland sehr restriktiv und unzureichend umgesetzt. Lediglich im Aufenthaltsgesetz (AufenthG) hat der Gesetzgeber seit 26. November 2011 im Paragraf 59 VII Satz 2 (bisher Paragraf 50 II a) für ausreisepflichtige Opfer von Menschenhandel eine Ausreisefrist von mindestens drei Monaten (vorher ein Monat) vorgesehen. Der gesicherte dreimonatige Aufenthalt ist gekoppelt an die Bedenkzeit zur Zeugenaussage. Weiterhin wurden Opferentschädigungen nach dem Opferentschädigungsgesetz auf die Leis-

Auch die Herkunftsländer der Opfer haben sich verändert. Während 2003 noch hauptsächlich von der unerlaubt eingereisten, geschleusten Zwangsprostituierten gesprochen wurde, sind die heutigen Opfer zu zwei Dritteln aus Ost- und Südosteuropa, vor allen Bulgarien und Rumänien, wie aus dem Lagebild Menschenhandel des Bundeskriminalamtes (BKA) 2013 hervorgeht.

Anfang 2007 stellte die Bundesregierung die Evaluation zum ProstG mit den Auswirkungen vor. Die GdP sah sich mit ihren Forderungen wie der bundesweiten Erlaubnispflicht für Prostitutionsstätten bestätigt. Unter anderem beschäftigte sich die ständige Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder im Jahre 2010 mit den Auswirkungen des Prostitutionsgesetzes auf die Bekämpfung des Menschenhandels. Baden-Württemberg leitete 2010 dem Bundesrat eine

www.polizeifeste.de
Alle Polizeifeste der GdP auf einen Blick!



FRAUENGRUPPE

ne Konsequenzen aus ihrer Evaluation – „still ruhte der See“. Mit der Neuwahl des Bundestages im vergangenen Jahr und dem abgeschlossenen Koalitionsvertrag zur 18. Legislaturperiode wurde dieser Themenkomplex wieder präsent. Die AG Menschenhandel aktualisierte die Stellungnahme der GdP.

Am 12. Juni dieses Jahres führte das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) eine Expertenanhörung zur „Regulierung des Prostitutionsgewerbes“ durch. Die GdP war als Experte in einem Panel gemeinsam mit weiteren Vertretern des BKA und der Länderpolizeien sowie Prof. Dr. Joachim Renzikowski von der Martin-Luther-Universität Halle Wittenberg, Juristische Fakultät Professur für Strafrecht und Rechtsphilosophie/Rechtstheorie, vertreten.

GdP bekräftigt Kernforderungen

Die GdP bekräftigte ihre Kernforderungen, beispielsweise die bundesweite einheitliche Erlaubnispflicht für Prostitutionsstätten und die hierzu

notwendigen Voraussetzungen, die Anzeige- und Anmeldepflicht von Prostitutionsausübung, die regelmäßigen ärztlichen Gesundheits- und Vorsorgeuntersuchungen, die Kondompflicht, dass auf Grund der gefahrgeneigten Tätigkeit das Mindestalter für Prostituierte auf 21 Jahre festgelegt wird, da laut dem BKA-Lagebild Menschenhandel 51 Prozent der Opfer jünger sind.

Der Großteil der eingeladenen Experten forderte ein Gesetz zum Schutz der in der legalen Prostitution Tätigen zu schaffen – ein Prostituiertenschutzgesetz. Mit diesem Gesetz, unter dem alle Erscheinungsformen der gewerblichen Erbringung sexueller Dienstleistungen zu subsumieren sind, wird die legale Prostitution erfasst und geschützt. Die Kriminalität in der Prostitution, wie Menschenhandel, Gewalt und Ausbeutung von Prostituierten und Zuhälterei können dann wirksamer bekämpft werden.

Ein weiterer wichtiger Baustein ist die Umsetzung der Opferschutzrichtlinie/Bekämpfung von Menschenhandel 2011/36 EU des Europäischen Parlaments und des Rates im nationalen

Recht (Ratifizierung). Damit wäre die Chance gegeben, eine systematische Reform des Strafrechts in den zu regelnden Straftatbeständen ganzheitlich mit den verschiedenen Ebenen vorzunehmen.

Bei der letzten Tagung der AG Menschenhandel und Zwangsprostitution Anfang Oktober in Berlin wurde das GdP-Positionspapier an die veränderten Bedingungen angepasst und überarbeitet. Sehr erfreut waren die Mitglieder der AG über den Besuch von Dr. Birgit Schweikert aus dem BMFSFJ, zusammen mit dem GdP-Bundesvorsitzenden. Dr. Schweikert informierte die AG über den derzeitigen Ist-Stand seit der Expertenanhörung und stellte die Eckpunkte eines Gesetzes zum Schutz der in der Prostitution Tätigen (Arbeitspapier) vor. Zugleich bedankte sie sich für die jahrelange kontinuierliche fach- und sachgerechte Zusammenarbeit mit der GdP. Oliver Malchow zeigte sich erfreut über den sehr regen Meinungsaustausch und versicherte, dass die GdP weiterhin konstruktiv und fachkompetent diesen Themenkomplex bearbeitet und jederzeit als Partner zur Verfügung steht. **Erika Krause-Schöne**

Kapitalmarkt

<p>Extra günstig vom Spezialisten anrufen und testen.</p> <p style="font-size: 1.2em;">0800 - 1000 500</p> <p>Free Call</p> <p>Wer vergleicht, kommt zu uns, seit über 35 Jahren.</p>	<p>Beamtendarlehen / Akademikerdarlehen</p> <p style="font-size: 1.5em;">4,50% effektiver Jahreszins* Laufzeit 7 Jahre</p> <ul style="list-style-type: none"> ■ Umschuldung: Raten bis 50% senken ■ Beamtendarlehen ab 10.000 € - 120.000 € ■ Baufinanzierungen günstig bis 120% 	<p><small>Kapitalvermittlungs-GmbH E3, 11 Planken 68159 Mannheim Fax: (0621) 178180-25 Info@AK-Finanz.de</small></p> <p>www.AK-Finanz.de</p>	<p>*Spezialdarlehen: Beamte / Angestellte ö.D.</p> <p>Äußerst günstige Darlehen z.B. 40.000 € Sollzins (fest gebunden) 4,4%, Lfz. 7 Jahre, mtl. Rate 555 € effektiver Jahreszins 4,50%, Bruttobetrag 46.620 € Sicherheit: Kein Grundschuldeneintrag, keine Abtretung, nur stille Gehaltsabtretung. Verwendung: z.B. Modernisierung rund ums Haus, Ablösung teurer Ratenkredite, Möbelkauf etc. Vorteile: Niedrige Zinsen, feste Monatsrate, Sondertilgung jederzeit kostenfrei, keine Zusatzkosten, keine Lebens-, Renten- oder Restschuldversicherung.</p>
---	---	--	--

Beamtenkredite für Beamte auf Lebenszeit, Beamte auf Probe und Tarifbeschäftigte im Öffentlichen Dienst

www.kredite-fuer-beamte.de

oder fordern Sie Ihr persönliches Angebot telefonisch an unter 0800-500 9880

Hypotheken, Beamten- u. Angestelltendarlehen
Forwarddarlehen, Ratenkredite

Lösen Sie teure Kredite ab und senken Sie die monatlichen Kosten.

Individuelle Beratung und beste Konditionen vermittelt:

IFS Hans-Joachim Janke
Königswall 1 • 44137 Dortmund
www.ifs-janke.de • Tel. 0231/9 14 51 45

!SOFORTKREDITE!

vermittelt
PECUNIA GmbH seit 1980
Tel. 02 01/22 13 48

Ablösung teurer Kredite u. Girokonten
Kredite bis zum 80. Lebensjahr
Ohne Auskunft bis 10.000 €.

45127 Essen • Gänsemarkt 21
www.pecunia-essen.de

Caritas international

www.caritas-international.de
Spendenkonto 202 753
Postbank Karlsruhe, BLZ 650 100 75

Diakonie
Katastrophenhilfe

www.diakonie-katastrophenhilfe.de
Spendenkonto 502 707
Postbank Stuttgart, BLZ 600 100 70

Diakonie
Katastrophenhilfe

www.diakonie-katastrophenhilfe.de
Spendenkonto 502 707
Postbank Stuttgart, BLZ 600 100 70

125 JAHRE
NÜRNBERGER
VERSICHERUNGSGRUPPE

Sonderdarlehen zu 1a-Konditionen!

www.1a-Beamtendarlehen.de

Nutzen Sie Ihren Status als Beamter, Angestellter oder Arbeiter im ÖD

0800-040 40 41

Jetzt gebührenfrei anrufen & unverbindlich informieren

NÜRNBERGER Mehrfachgeneralagentur Finanzvermittlung
Andreas Wendholz
Prälat-Höing-Str. 19 • 46325 Borken-Weselo



Grenzenloser Menschenhandel

Gedanken des stellvertretenden GdP-Bundesvorsitzenden Jörg Radek

Es sind erschütternde Zahlen: 880.000 Menschen müssen Schätzungen zufolge unter menschenunwürdigen Verhältnissen Zwangsarbeit verrichten. Allein 270.000 Frauen werden dabei als Prostituierte sexuell



DP-Autor Jörg Radek.

Foto: Michael Zielasko

ausgebeutet. Die meisten von ihnen wurden von skrupellosen Menschenhändlern mit seriös klingenden Arbeitsangeboten angelockt, um dann an Zuhälter und Bordellbesitzer einfach weiterverkauft zu werden. Viele Männer arbeiten unter miserablen Bedingungen und zu Dumpinglöhnen beispielsweise illegal auf dem Bau.

Diese moderne Form von Sklaverei geschieht nicht, wie man vielleicht meinen könnte, irgendwo in Asien, Afrika oder Lateinamerika, sondern hier in Europa. Die von der europäischen Polizeibehörde Europol geschätzten 3.600 Verbrecherbanden in der Europäischen Union sind also mitten unter uns und straff organisiert. Ihr schmutziges Geschäft ist äußerst lukrativ. Allein beim grenzenlosen Menschenhandel wird von einem jährlichen Profit in Höhe von rund 25 Milliarden Euro ausgegangen, wie aus einem Bericht eines Sonderausschusses des EU-Parlaments hervorgeht.

EU-Mitgliedsstaaten gefordert

Es ist skandalös, dass in der EU, die sich als Wertegemeinschaft versteht, offenbar einfach zugeschaut wird, wie immer mehr Menschen regelrecht verklavt werden. Angesichts dieser Ausmaße gilt es, endlich zu handeln. Die Mitgliedsstaaten sind gefordert, nicht mit gut klingenden Worten, sondern mit konkreten Maßnahmen den Kampf gegen Menschenhandel und Zwangsarbeit zu verschärfen. Es geht vor allem darum, umgehend die nationalen Sicherheitsbehörden zu stärken und eine engere grenzüberschreitende Zusammenarbeit zu ermöglichen.

Das gilt auch für Deutschland. Auch hierzulande stellen wir Defizite bei der Bekämpfung von Menschenhandel, Zwangsprostitution und Sklavenarbeit fest.

Aufbau einer Bundesfinanzpolizei angeregt

Um als Polizei erfolgreicher einschreiten zu können, muss der Staat den Finanzermittlungen zum Aufspüren und Sichern von erlangten Vermögenswerten aus kriminellen Machenschaften eine größere Bedeutung beimessen. Im Rahmen von Verfahren wegen Menschenhandels müssen Fachdienststellen der Polizei frühzeitig eingebunden werden. Seit längerem schon setzen wir uns auch für den Aufbau einer zentralen Stelle, beispielsweise einer Bundesfinanzpolizei, ein, um

effektiver gegen Schwarzarbeit, Steuerbetrug und Geldwäsche vorgehen zu können. Dies alles ist aber nur mit mehr Personal möglich.

Dabei ist auch zu beachten, dass die Wirtschaftskrise der letzten Jahre zu großen Veränderungen der Interessenbereiche der Organisierten Kriminalität geführt hat. Die Kriminellen waren in der Lage, die sich durch das grenzenlose Europa bietenden neuen Chancen für sich schnell zu erkennen. Wirtschaftskrisen in Osteuropa und Bürgerkriege in allen Teilen der Welt lassen viele neue Migranten nach besseren Lebens- und Arbeitsbedingungen suchen. Sie sind damit ein unerschöpfliches Reservoir für die Menschenhändler als neue Opfer für Ausbeutung und Handlangerarbeiten in den Staaten der EU.

Bei allen Anstrengungen, etwas zu verbessern, daran sollten wir immer denken, geht es nicht nur um mehr Sicherheit, sondern um bessere Arbeitsbedingungen für hunderttausende Menschen, mehr Menschlichkeit vor unserer Haustür und im Umgang miteinander.



Immer wieder werden Menschen, auf Ladeflächen in Fahrzeugen zusammengepfercht, von der Bundespolizei aufgegriffen.

Foto: Bundespolizeiinspektion Rosenheim/dpa



Die GdP in Europa

Bericht vom GdP-Europaseminar in Brüssel

Eine Expertendelegation von 19 Kolleginnen und Kollegen aus zahlreichen GdP-Landesbezirken und Bezirken unter Leitung von Jörg Bruchmüller, Mitglied im Geschäftsführenden GdP-Bundsvorstand und Mitglied im EuroCOP-Vorstand, informierte sich anlässlich eines erstmalig vom GdP-Bundsvorstand in Kooperation mit der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) organisierten Europaseminars vom 22. bis 25. September in Brüssel über Fragen der inneren Sicherheit und der polizeilichen Zusammenarbeit in der Europäischen Union (EU).

Als Antwort auf einen gemeinsamen europäischen Binnenmarkt und die Freizügigkeit von Personen und Gütern sowie die gemeinsamen Außengrenzen des Schengenraums teilt die EU die Verantwortung im Bereich der Innen- und Justizpolitik erst seit den neunziger Jahren. Vor diesem Hintergrund war es für die Vertreterinnen und Vertreter der Gewerkschaft der Polizei äußerst interessant, mit Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträgern aus Kommission, Europäischem Parlament und Rat sowie weiteren hochkarätigen Referentinnen und Referenten grundlegende und aktuelle Themen zu erörtern.



Jörg Bruchmüller (GdP-Bundsvorstand, EuroCOP-Vorstand) im Gespräch mit Birgit Sippel (MdEP) Foto: Christian Hoffmeister

Das Seminar beschäftigte sich insbesondere mit Fragen, wie weit es 2014 mit einer gemeinsamen EU-Politik für die innere Sicherheit ist, die gesetzgeberische und operative Programmplanung der kommenden Jahre im Bereich des Raumes der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts aussehen wird oder wo Möglichkeiten und Herausforderungen der polizeilichen Zusammenarbeit in Europa liegen

und welche Bedeutung dabei Europol zukommt. Und: Welche Rolle kann EuroCOP als größte und wichtigste Interessenvertretung von Polizeibeschäftigten auf EU-Ebene künftig spielen?

Auf großes Interesse seitens der EU-Vertreterinnen und -Vertreter stießen in den Diskussionsrunden vor allem die berufspraktischen Erfahrungen der Kolleginnen und Kollegen mit einzelnen EU-beeinflussten innenbeziehungsweise polizeipolitischen Maßnahmen. Dass dahingehend teilweise eine Diskrepanz zwischen theoretischem Ziel und praktischer Umsetzung besteht, wurde beispielsweise bei Themen wie der Vorratsdatenspeicherung oder Asyl- und Migrationspolitik deutlich.

Einigkeit herrschte hingegen darin, wie groß die Bedeutung und der besondere Einfluss der EU im Bereich der Polizei bereits heute sind. Von daher führe kein Weg an der weiteren europäischen Vernetzung von Berufsvertretungen und Gewerkschaften der Polizei vorbei, wenn die Gestaltung des Europäischen Raumes der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts nicht allein ein Projekt von Planern und Ministerien bleiben solle. Dies biete Chancen und Möglichkeiten für eine

Reise & Erholung

wasser-craft
rafting canyoning ötztal

Sommer Abenteuer bei uns
TOP ANGEBOT
Canyoning & Raftingtour
1x grillen am Lagerfeuer und
2 ÜF / Pension, DU-WC
Preis pro Person ab € 161
Ermäßigungen f. Polizeigruppen

office@rafting-oetztal.at
www.rafting-oetztal.at
Telefon: 0043 5252 6721

THAILAND www.royalsiamgolf.de
(Ermäßigungen für Polizei u. a.)

Fehmarn/Ostsee
2-Raum-FeWo. für 4 Pers.,
am Südstrand,
50 m z. Promenade, Kabel-TV
Preise gem. Saison
Telefon: 040/6784581
www.fehmarn4family.de

Franken bei Bamberg, eigene Metzgerei.
Waldreiche Gegend, Lift, 75 Betten, Menüwahl,
HP 5 Tage ab 155,- €, Gruppenangebote an-
fordern. Tel. 0 95 35/2 41, www.zur-sonne-
urlaub.de

Zittauer Gebirge – Kurort Jonsdorf
Ferienchalet Heidehof
Zollkollege bietet komf. Fewos für 2–6 Pers.
in schöner Jugendstilvilla. Fahrradverleih,
Dreiländereck, D/PL/CZ, Fam. Zein,
Tel.: 03 58 44/7 27 23.
www.heidehof-jonsdorf.de

Bayerischer Wald, komf. FeWo** v. Kollegen**
ab 2 Pers., ab 30 €/Tag, 9348 5 Rimbach, Tel./Fax:
0 99 41/7118, www.ferienwohnung-gammer.de

MAURITIUS, LUXUSANLAGE VON PRIVAT
Ab € 76,- p. P. / Tag / HP, 0 21 58-40 08 05
www.mauritius-traumvilla.de

Mauritius – Traumhafte Anlage am Meer
Deutscher Besitzer – Ex-Kollege. Ab 59,00 € p. P.
Tag/HP. www.inseim-im-indischen-ozean.de

Top Angebot

Action, Abenteuer - prickelnd anders

1x Rafting & Canyoning
1x Grillplatte & Foto CD
2x ÜF / Pension DU-WC
pro Person nur € 149,00

CANKICK www.cankick.at
info@cankick.at
Tel +43(0)5252 / 20038





Jörg Bruchmüller inmitten der GdP-Delegation in Brüssel

Foto: Christian Hoffmeister

Polizeigewerkschaft wie die GdP, die es künftig durch entsprechende Interessenvertretung auf EU-Ebene noch gezielter und besser zu nutzen gelte. Dahingehend äußerten auch mehrere EU-Vertreter die Erwartungshaltung und den Wunsch nach einer aktiveren und präzentieren Rolle von EuroCOP

auf Brüsseler Ebene. GdP-Bundesvorstandsmitglied Jörg Bruchmüller, gleichzeitig Vorstandsmitglied bei EuroCOP, signalisierte Zustimmung und versprach, dass sich die GdP für eine weitere Stärkung von EuroCOP einsetzen werde.

Sämtliche Seminarteilnehmer, Re-

ferentinnen und Referenten äußerten sich abschließend sehr positiv über Ablauf und Inhalt des Seminars. Besonderer Dank gilt dem FES-Europabüro und dem GdP-Bundesvorstand für die hervorragende Organisation und Begleitung der Zusammenkunft.

CH

GESCHICHTE

Vereint in Vielfalt – 25 Jahre nach der Maueröffnung

Von Dietmar Schilff, stellvertretender GdP-Bundesvorsitzender

Am 3. Oktober wurde in Hannover der Tag der Deutschen Einheit begangen. Als aus Niedersachsen stammender stellvertretender GdP-Bundesvorsitzender war ich für die GdP beim offiziellen Festakt im Kongresszentrum dabei. Ich bewegte mich auch während des Bürgerfestes und den demonstrativen Aktionen am 2. und 3. Oktober in der Stadt und besuchte Einsatzkräfte. 25 Jahre nach dem Mauerfall befasse ich mich aus ganz persönlicher Sicht mit den damaligen Ereignissen, mit den damit verbundenen Veränderungen und kurz vor dem 25. Ordentlichen Bundeskongress vom 10. bis 12. November in Berlin auch mit der fortschreitenden Uneinlichkeit der Polizeien des Bundes und der Länder im Blickwinkel der Deutschen Einheit.

Das Kongresszentrum war am 3. Oktober gut gefüllt. Der Tag der Deutschen Einheit wurde unter dem Motto „Vereint in Vielfalt“ gefeiert. Bundespräsident Joachim Gauck und Bundeskanzlerin Angela Merkel hatten rund 1.500 Menschen eingeladen, um in einer Feierstunde an die Ereignisse vor 25 Jahren zu erinnern. Der Tag wurde im Einigungsvertrag 1990 zum gesetzlichen Feiertag in Deutschland bestimmt. Als deutscher Nationalfeiertag erinnert er an die deutsche Wiedervereinigung, die



FÜR AUSBILDUNG UND STUDIUM

NEU
AUFLAGE

Datenschutz und Polizei in Bayern

Für Studium und Praxis

Von **Jürgen Teubert**.

2. Auflage 2014

Umfang: 232 Seiten / **Format:** 16,5 x 24 cm, Broschur

Preis: 19,90 € [D] / **ISBN** 978-3-8011-0738-3



Dieses Lehrbuch orientiert sich am Curriculum und an den Prüfungsanforderungen der Bayerischen Fachhochschule für öffentliche Verwaltung und Rechtspflege (FHVR), Fachbereich Polizei.

Die inhaltliche Gliederung spiegelt die Bestimmungen zum Datenschutz im Bayerischen Polizeiaufgabengesetz und in der Strafprozessordnung wider. Dabei erläutert der Autor die staatlichen Eingriffsbefugnisse in das Recht auf informationelle Selbstbestimmung und stellt die Bedeutung der jeweiligen Regelung in Bezug auf Klausuren und Prüfungen dar. Kurze Zusammenfassungen verschaffen dem Leser einen schnellen thematischen Überblick und erleichtern ihm die Wiederholung einzelner Themen. Viele Praxisbeispiele mit Lösungsinhalten bieten sowohl den Studierenden wie auch den Beamten in Ausbildung der Bayerischen Bereitschaftspolizei die Möglichkeit der Selbstkontrolle zur Prüfungsvorbereitung.

DER AUTOR

Jürgen Teubert, Erster Kriminalhauptkommissar.

Prüfungswissen Bundespolizeirecht

Grundlagenwissen • Würdigungstechnik • Prüfungsschemata • Klausuren • Lösungen

Von **Marc Wagner**.

2. Auflage 2014

Umfang: 184 Seiten / **Format:** 16,5 x 24 cm, Broschur

Preis: 19,90 € [D] / **ISBN** 978-3-8011-0727-7



Die erfolgreiche Bearbeitung von einsatzrechtlichen Prüfungsklausuren fordert nicht erst in der Laufbahnprüfung fundierte Rechtskenntnisse sowie die Beherrschung gutachterlicher Würdigungstechnik als der für die Klausurniederschrift maßgeblichen Darstellungsform.

Bereits in „Zwischenetappen“, den Modul- und Zwischenprüfungen, gilt es mindestens das Wissen zu präsentieren, das den Fortgang von Ausbildung und Studium garantiert. Die Fallsammlung Bundespolizeirecht richtet sich an diejenigen Anwärter für die Laufbahnen des mittleren und gehobenen Polizeivollzugsdiensts in der Bundespolizei, die Prüfungen im Bundespolizei- und Vollstreckungsrecht mit Erfolg absolvieren wollen.

DER AUTOR

Prof. Dr. jur. Marc Wagner, Dozent an der Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung in Brühl.



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH

Buchvertrieb

Forststraße 3a · 40721 Hilden · Telefon 0211 7104-212 · Telefax 0211 7104-270
vdp.buchvertrieb@VDPolizei.de · www.VDPolizei.de

Weitere Informationen, Leseproben und Bestellmöglichkeit unter: www.VDPolizei.de

„mit dem Wirksamwerden des Beitritts der Deutschen Demokratischen Republik zur Bundesrepublik Deutschland [...] am 3. Oktober 1990“ „vollendet“ wurde. Somit wurden Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen sowie Berlin in seiner Gesamtheit die neuen Länder der Bundesrepublik.

Friedliche Revolution

Der niedersächsische Ministerpräsident Stefan Weil erinnerte in seiner Rede an die Aktionen der Menschen in der ehemaligen DDR und die sogenannte friedliche Revolution, die letztendlich zur Öffnung des menschenverachtenden Zauns und der rund um Berlin gezogenen Mauer führte. Auch die Kanzlerin ging mit ihren Worten auf den Erfolg der Menschen in der ehemaligen DDR ein. Die Wiedervereinigung sei insbesondere ein Verdienst der friedlichen Revolution. Ohne den Mut der Bürgerinnen und Bürger, die 1989 auf die Straße gingen, hätte es keine freien Volkskammerwahlen in der DDR und keine Wiedervereinigung gegeben, so die Kanzlerin.

Genschers Worte in Prag

Anwesend war bei der Festzeremonie auch der damalige Außenminister Hans-Dietrich Genscher. Er war es, der am 30. September 1989 mit heftigen Herzkammerstörungen den 4.500 Menschen, die in der Deutschen Botschaft in Prag ausharrten, die Nachricht überbrachte, auf die sie so lange so sehnlich gewartet hatten: „Wir sind zu Ihnen gekommen, um Ihnen mitzuteilen, dass heute Ihre Ausreise möglich geworden ist.“ Der letzte Teil des Satzes ging in unbeschreiblichen Jubel unter. Genscher beschrieb in einem Interview die Situation folgendermaßen: „Die Menschen erreichten mit ihrer Ausreise viel mehr! Sie hatten mit ihrer mutigen Entscheidung Geschichte geschrieben. Das Tor zur Freiheit öffneten sie nicht nur für sich selbst. Der Druck auf die Mauer war unumkehrbar geworden.“

Nach den Ereignissen in Prag war die friedliche Demonstration von über 70.000 Menschen am 9. Oktober 1989 in Leipzig nach Auffassung von Historikern wohl mitentscheidend, dass sich die Grenzen am Abend des 9. November zwischen Ost- und Westdeutschland und zwischen Ost- und

West-Berlin öffneten. Jeder wird sich wohl an die Worte von Günter Schabowski, dem offiziellen Sprecher des „Arbeiter-und-Bauern-Staates“ auf der einberufenen Pressekonferenz erinnern können, mit denen er den Pressever-

stadt. Mit vielen von ihnen kamen die Kolleginnen und Kollegen und ich ins Gespräch. Viele hatten Verwandte in Westdeutschland und wollten sie umgehend besuchen. Fast alles verlief ruhig. Die Friedlichkeit der Revolution



Einsatzbetreuung am 2. und 3. Oktober 2014 in Hannover: (v.l.n.r.) Dietmar Schilff, GdP-Landesvorsitzender von Niedersachsen und stellvertretender Bundesvorsitzender, Martin Hellweg, Mitglied im GLV Niedersachsen und Vorsitzender des Polizeihauptpersonalrates Niedersachsen.
Foto: Christian Hoffmann

tretern die durch das SED-Politbüro erlassenen Reiseregulungen als „... ab sofort, unverzüglich.“ geltend präsentierte. Und erinnern wird man sich wohl auch daran, was man an diesem Tag gemacht hat und was in den darauffolgenden Tagen „abging“.

Die Luft roch nach Zweitaktern

Ich bin am Donnerstag, dem 9. November 1989, von einem Europaseminar der JUNGEN GRUPPE der GdP auf der Finnjet zurückgekommen und hatte beim 2. Polizeirevier in Göttingen freitags Spätdienst und am Wochenende Nachtdienst. Es war ein bewegendes Erlebnis, die fröhlichen Menschen aus dem Eichsfeld mit ihren Trabis und Wartburgs in Göttingen zu sehen. Die Luft roch nach Zweitakter-Gemisch. Erstaunt gingen sie durch die Innen-

in der DDR hatte sich in diesen ersten Tagen auf den Westen übertragen.

Die Herausforderungen für die Politik, aber auch für die Polizei sowie für die GdP waren riesig und wirken sich bis heute auf die Arbeit aus. Die Polizei sollte einheitlich in Ost und West aufgestellt sein. Partnerschaften zwischen Polizeidienststellen in Ost- und Westdeutschland wurden gegründet, es wurde viel gesprochen, sich ausgetauscht und auch viel gefeiert ... man kam sich näher.

Ich gehörte damals dem Bundesjugendvorstand an. Wir organisierten eine Fahrradtour durch den Norden Ostdeutschlands mit Interessierten aus Ost und West. Dafür fuhren ein Kollege und ich an die Müritz und die Küste Mecklenburg-Vorpommerns und organisierten Unterkünfte. Die dortigen Begegnungen in den ersten Monaten nach der Wende sind unauslöschbar



GESCHICHTE

im Gedächtnis und im Herzen eingeebnet. Ebenfalls wurde eine Motorradsternfahrt nach Leipzig organisiert, an der Hunderte von Kolleginnen und Kollegen teilnahmen. Alles stand im Zeichen der Wiedervereinigung.

An den Mauerfall erinnern

Ende Oktober 1990 fand in Frankfurt am Main der GdP-Bundeskongress statt. Dort wurde über die Zusammenführung der Gewerkschaft der Volkspolizei und der Gewerkschaft der Polizei zuweilen hitzig diskutiert. Letztendlich kam es zur Vereinigung und die Erfolgsgeschichte der GdP für ihre Mitglieder ging weiter.

In wenigen Tagen, am Abend des 9. November, kommt der geschäfts-

führende Bundesvorstand in Berlin zusammen, um die letzten Fragen in Zusammenhang mit dem dreitägigen 25. Ordentlichen Bundeskongress zu klären. Sicherlich sollte dann pünktlich um 19 Uhr auch Zeit sein, anzustoßen auf das, was damals dafür gesorgt hat, dass wir heute in Einigkeit und Recht und Freiheit zusammenleben können.

Zum GdP-Bundeskongress werden 253 Delegierte sowie eine große Anzahl von Ersatzdelegierten anreisen und 242 Anträge debattieren, die sich mit gesellschaftlichen Themen, mit der Sicherheit sowohl in der Bundesrepublik als auch in Europa und mit der Situation innerhalb der Organisation Polizei als auch mit den berechtigten Ansprüchen der dort Beschäftigten befassen. Die GdP wird eine Vielzahl von Gästen

aus Politik, Polizei, Gesellschaft und Gewerkschaften begrüßen. Sie alle, insbesondere die Gäste aus der Politik, werden trotz der Freude über die Grenzöffnung vor 25 Jahren und der Vollendung der Einheit, von der GdP mit der immer stärkeren Uneinheitlichkeit der Polizeien der Länder und des Bundes konfrontiert. Die Föderalismusreform, die anstehende Schuldenbremse und der fehlende Seismograph der Politik für das wichtige, die Menschen immer stärker interessierende Thema „Sicherheit“, sind dafür verantwortlich.

Das Motto des diesjährigen Feiertages in Hannover „Vereint in Vielfalt“ muss für die Polizei umgeschrieben werden in: „Getrennt durch Uneinheitlichkeit“. Wir werden daran arbeiten, dass es besser wird.

Dietmar Schilff

TAGUNG

„Rechtsschutz ist wichtiger denn je“



Die Rechtsschutzsekretärinnen und -sekretäre bei der Arbeit. Foto: Johanna Treuber

Unter diesem Motto tagten die Rechtsschutzsekretärinnen und -sekretäre der GdP-Landesbezirke und Bezirke Mitte September mit dem für Rechtsangelegenheiten der Bundes-GdP zuständigen stellvertretenden Bundesvorsitzenden Dietmar Schilff sowie dem Abteilungsleiter Recht in der Bundesgeschäftsstelle, Sascha Braun, in Berlin. Im Fokus standen vor allem Bemühungen, den Service und Rechtsschutz für die GdP-Mitglieder zu optimieren und dabei auch die Kostenentwicklung weiterhin im Griff zu behalten.

Zu diesem Zweck wurden der DGB-Abteilungsleiter für den Bereich Beamte/-innen und Öffentlicher

Dienst, Dr. Karsten Schneider, und seine Mitarbeiterin Henriette Schwarz eingeladen. Die Teilnehmerinnen und

Teilnehmer waren sich einig, dass der DGB eine wichtige Rolle auch in der beamtenrechtlichen Fachberatung der GdP-Gliederungen und bei der Koordination zentraler beamtenrechtlicher Positionen hat. „Wir wissen, wie fachkundig der DGB unter anderem in Beamtenfragen aufgestellt ist, deshalb brauchen wir seine Positionsbildungen zu Gesetzesentwürfen umgehend, um sie gemeinsam mit unseren fachlichen Bewertungen innerhalb der GdP zu steuern. Für uns als GdP ist es wichtig,



dass wir die Informationen schnell und umfassend für unsere Mitglieder aufbereiten. Dies ist von jeher ein wichtiger Serviceansatz der GdP“, betonte Schilff.

Kontinuierliche Qualitätssteigerung

Ein weiterer Schwerpunkt der Tagung war der Dialog mit Cornelia van Buren und Sandra Kothe-Woywode von der DGB Rechtsschutz GmbH. Die Kolleginnen wurden über die Ergebnisse einer Umfrage innerhalb der GdP-Landesbezirke und Bezirke informiert. Die Rückmeldungen zeigen, dass eine kontinuierliche Qualitätssteigerung bei der Fallbearbeitung durch die DGB Service GmbH festzustellen ist. „Es ist erkennbar, dass der Servicegedanke noch größer geschrieben wird. Besonders erfreulich ist auch, dass mehr Kompetenz-Center bundesweit eingerichtet wurden, die sowohl das Beamtenrecht als auch die für Polizeibeschäftigte speziellen Nebenrechtsgebiete besser abbilden. Hier haben sich unsere dauerhaft geführten Gespräche bewährt“, sagte Schilff. Gleichwohl wiesen die GdP-Rechtssekretärinnen und -sekretäre weiter darauf hin, dass es auch künftig notwendig bleibe, bei den GdP-Mitgliedern für Vertrauen gegenüber den Juristinnen und Juristen der DGB Rechtsschutz GmbH zu sorgen. Aufgrund der hohen fachlichen Kompetenz der DGB-Juristinnen und Juristen ist die dortige Bearbeitung eines Rechtsschutzfalles keineswegs als „Rechtsschutz-light“ anzusehen. Darüber hinaus lässt sich auf Seiten der GdP die Kostenkontrolle positiver gestalten, wenn auf die Leistungen der DGB-Rechtsberatungsstellen zurückgegriffen wird.

Service und Kompetenz sind die Leitgedanken, die auch für die GdP-eigene Organisations- und Servicegesellschaft (OSG) im Vordergrund stehen. Der Leiter der dortigen IT-Stelle, Gregor Möllers, stellte die weiteren Vorteile des in der GdP genutzten Programms zur Mitgliederverwaltung „Mitglieder-Online“ vor. Das Programm sei hervorragend dazu geeignet, Rechtsschutzfälle zu verwalten und zu managen, das heißt, dass die vorhandene Software genutzt werden könne, um auch komplexe Rechtsverfahren bis hin zur Kostenkontrolle zu begleiten.

Intensive Debatte

Schließlich erörterten die GdP-Juristinnen und -Juristen die geplante Satzungsentwicklung vor dem Bundeskongress. Insbesondere wurden Fragen des gegebenenfalls zu bildenden GdP-Bundesschiedsgerichts und einer den Ablauf des Kongresses beschleunigenden Konsensliste für Anträge, die einvernehmlich zur Annahme empfohlen sind, nochmals beraten.

Schilff dankte für die intensive Debatte und betonte abschließend: „Das Projekt zur Implementierung einer modernen Satzung der GdP und die notwendige Schaffung einer Schiedsordnung war und ist sehr umfangreich. Ich bin aber außerordentlich zufrieden, dass es uns gelungen ist, über verschiedenste Diskussionsforen und mehrfache Behandlung mit Fachleuten, das Satzungsthema für den Kongress gut vorbereitet zu haben.“

SB

SOZIALPOLITIK

Kinderbetreuung – Zu Hause geblieben

Migrantische und bildungsferne Eltern beantragen überdurchschnittlich häufig das Betreuungsgeld. Dieses Ergebnis einer neuen Studie macht deutlich, dass es bei der umstrittenen „Herdprämie“ nicht nur um Familienpolitik geht, sondern um zentrale gesellschaftliche Fragen wie soziale Spaltung und Integration.

Von Thomas Gesterkamp

Wer sein Kleinkind nach der Elternzeit nicht in eine Tagesstätte bringen, sondern weiterhin selbst versorgen will, hat seit August 2013 Anspruch auf staatliche Unterstützung. Mittlerweile bekommen Familien maximal 22 Monate lang 150 Euro Zuschuss, anfangs waren es 100 Euro. Das von der bayerischen CSU gegen die Widerstände der Opposition und Teile des eigenen politischen Lagers durchgesetzte Betreuungsgeld zeigt nun jene Folgen, vor der Kritiker gewarnt stets haben. Der finanzielle Anreiz hält einkommensschwache Familien und vor allem Haushalte mit Migrationshintergrund davon ab, ihren Nachwuchs öffentliche Einrichtungen besuchen zu lassen.

Zuwanderer sollten möglichst schnell Deutsch lernen, fordern Politiker regelmäßig in Sonntagsreden zum Thema Integration. Das Betreuungsgeld, so belegen aktuelle Zahlen, bewirkt das genaue Gegenteil. Denn dadurch verbringen Migrantenkinder ihren Alltag besonders lange in Familien, wo ausschließlich türkisch oder russisch geredet wird. Die Möglichkeit, frühzeitig in öffentlichen Krippen oder Kitas andere Sprachen, Werte und

Kulturen kennenzulernen, wird ihnen auf diese Weise vorenthalten.

Die Technische Universität Dortmund hat im Forschungsverbund mit dem Deutschen Jugendinstitut im vergangenen Jahr junge Familien zu ihren Wünschen (nicht zu ihrem tatsächlichen Verhalten) befragt. Die inzwischen veröffentlichte und vom Bundesfamilienministerium geförderte Studie stellt in einer Teilauswertung fest, dass Eltern mit geringen Deutschkenntnissen sich wegen des Betreuungsgeldes besonders häufig gegen den Besuch einer Tagesstätte entscheiden. Untermauert wird dieses Ergebnis durch aktuelle Zahlen des Statistischen Bundesamtes: Danach haben 14 Prozent der Kinder, deren Eltern die neue Leistung beziehen, nicht die deutsche Staatsangehörigkeit. Der durchschnittliche Ausländeranteil hierzulande beträgt jedoch nur 8,7 Prozent.

Die Sozialverbände, deren Mitarbeiter viel mit Einwandererfamilien zu tun haben, schlugen deshalb Alarm. Das Betreuungsgeld erschwere die Integration; es raube gerade jenen



Kindern Lernmöglichkeiten, die frühe Bildung und ein erweitertes soziales Umfeld nötig hätten. Dieses Argument kann sich auf die sogenannte Nubbek-

das Bildungsniveau der Eltern und damit auch das Familieneinkommen, desto geringer ist das Interesse am Betreuungsgeld. In den besser gestell-

familienpolitische Instrument also die gesellschaftliche Polarisierung? Trägt es dazu bei, dass sich das Land weiter spaltet in Arm und Reich, in mehr oder weniger Gebildete, in beruflich Etablierte und sozial Abgehängte?

Experten warnen davor, die negativen Folgen des Betreuungsgeldes zu dramatisieren. Derzeit beziehen nur rund 150.000 Haushalte in Deutschland, davon überproportional viele in Bayern, die Förderung. Über eine halbe Million Kinder unter drei Jahren dagegen besuchen eine Tagesstätte. Und immerhin 73 Prozent der von der TU Dortmund befragten Eltern erklärten, der staatliche Zuschuss spiele bei der Wahl ihrer Kinderbetreuung überhaupt keine Rolle.

Die Widersprüche der Familienpolitik und ihre sozialpolitischen Konsequenzen bleiben ein ständiger politischer Zankapfel. Die amtierende Ministerin Manuela Schwesig (SPD) war vor ihrem Amtsantritt stets gegen das Betreuungsgeld und würde es lieber heute als morgen wieder abschaffen. Sie verweist regelmäßig auf ein ausstehendes Urteil des Bundesverfassungsgerichtes, von dem sie sich eine Ablehnung des Gesetzes erhofft. Solange indes die CSU an der Regierung beteiligt ist, dürfte die umstrittene Regelung trotz aller Wahlversprechen der Sozialdemokraten erhalten bleiben. Spätestens Ende 2015 will die Große Koalition dann einen eigenen Bericht über die Auswirkungen des Betreuungsgeldes vorlegen.



Reichlich Raum in der Kita.

Foto: Sebastian Kahnert/dpa

Studie stützen, die „Nationale Untersuchung zur Bildung, Betreuung und Erziehung in der frühen Kindheit“. Dort fanden Forscher heraus, dass Kinder, die früh eine Kita besuchen, höhere Sozial- und Alltagskompetenzen aufweisen als Gleichaltrige, die zu Hause betreut werden. In überdurchschnittlichem Maße gilt dies für die Sprachentwicklung.

ten Milieus wird den außerhäuslichen Kontakten kleiner Kinder ein anderer Stellenwert beigemessen. Zudem sind gut qualifizierte Mütter häufiger berufstätig und daher auf öffentliche Angebote angewiesen. Fördert das neue

Bildungsgefälle

Die negative Wirkung der viel kritisierten „Herdprämie“ beschränkt sich aber nicht auf Migrantenfamilien. Noch offensichtlicher sind die Unterschiede bei der Nutzung je nach Bildungsgrad. 31 Prozent der Eltern ohne Schulabschluss geben in der Dortmunder Befragung an, ihr Kind wegen des Zuschusses nicht in die Kita geben zu wollen. Unter denen mit Hauptschulabschluss sind es immerhin noch 23 Prozent, mit mittlerer Reife sind es 14 Prozent. Bei den Hochschulabsolventen schließlich sinkt der Anteil auf 7,8 Prozent.

Der Trend ist eindeutig: Je höher

Mit etwa 78 Kilometer Länge und 38 Kilometer Breite besuchen wir die viertgrößte griechische Insel und die Hauptinsel der Dodekanes. Sie liegt in der südlichen Ägäis, an der schmalsten Stelle sogar nur 17,5 Kilometer von der türkischen Südostküste entfernt. Die Insel hat 115.000 Einwohner, von denen etwa die Hälfte in Rhodos Stadt

leben, ist mit 3.000 Sonnenstunden im Jahr eine der sonnenreichsten Regionen Europas und von Deutschland aus in etwa drei Flugstunden erreichbar.

Im Oktober kann man mit einem angenehmen Klima mit durchschnittlich 24 Grad Luft- und 23 Grad Wassertemperatur rechnen. Die Insel lebt in

ANKÜNDIGUNG

15. Bundesseniorenfahrt 2015 nach Rhodos

Wie in den vergangenen Jahren wird bereits kurz nach dem Ende der diesjährigen Bundesseniorenfahrt nach Kreta das Ziel für die Reise im Jahr 2015 vorgestellt. Dieses Mal geht es nach Rhodos.



ANKÜNDIGUNG



Hotelanlage

Foto: LTI Asterias Beach Resort

erster Linie vom Tourismus. Landwirtschaftlich wird sie hauptsächlich für den Wein- und Olivenanbau genutzt. Die Altstadt von Rhodos-Stadt ist von der UNESCO als Weltkulturerbe geschützt und besonders sehenswert. Hier befindet sich zum Beispiel der bekannte Großmeisterpalast. Wer die Stadt besichtigt, möchte natürlich wissen, wo der Koloss von Rhodos, eines der sieben Weltwunder der Antike, gestanden haben soll. Der Koloss soll eine etwa 34 Meter hohe Bronze-Statue gewesen sein, die den Sonnengott Helios darstellte und mit gespreizten Beinen über der Hafeneinfahrt des Mandraki-Hafens stand. Sie wurde aber bereits 227 vor Chr. von einem Erdbeben zerstört. Heutzutage geht man allerdings davon aus, dass die Statue in der Nähe des Hafens und nicht über der Einfahrt stand, die heute von den Statuen eines Hirsches und einer Hirschkuh flankiert wird, den Wappentieren der Insel.

Zum „Pflichtprogramm“ der Insel gehört Lindos mit seiner Akropolis. Diese stammt aus dem 4. Jahrhundert vor Chr. und ist von einer Johanniterfestung umgeben. Das gesamte Dorf Lindos steht unter Denkmalschutz und ist sehenswert, denn es hat sich trotz des Tourismus seinen Charme erhalten. Sehr bekannt ist auch die „Anthony-Quinn-Bucht“. Sie erhielt den Namen nachdem hier Teile des Films „Die Kanonen von Navarone“ mit Anthony Quinn gedreht und ihm die Bucht geschenkt wurde. Die Schenkung wurde zwar rückgängig gemacht, aber der Name blieb bestehen. Die Bucht eignet sich aufgrund



Sehenswürdigkeit: Großmeisterpalast
in Rhodos

Foto: Eva Humberg

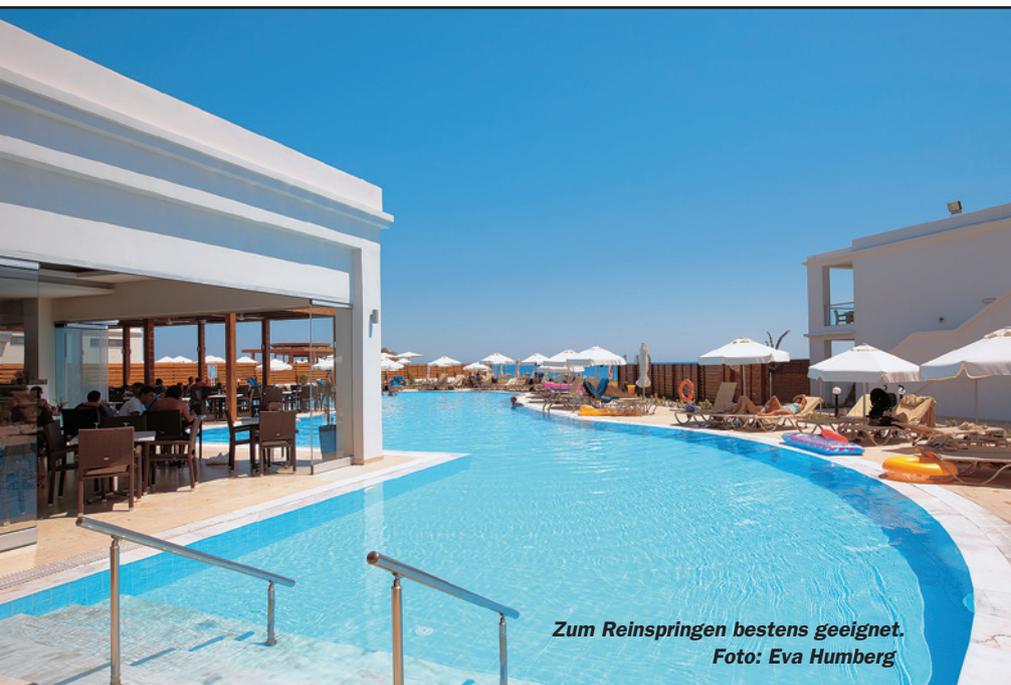
des kristallklaren Wassers insbesondere zum Schnorcheln. Sie liegt zwischen Faliraki und Afandou.

Das Ziel unserer Reise wird nur drei Kilometer von Afandou, einem der ältesten Dörfer der Insel, entfernt am

Strand liegen. Afandou ist die Partnerstadt von Gummersbach und wird liebevoll „Klein Gummersbach“ genannt, da über 1.000 der dort lebenden Griechen einmal in der deutschen Stadt oder deren unmittelbarer Nähe



ANKÜNDIGUNG



Zum Reinspringen bestens geeignet.
Foto: Eva Humberg

in Form des All Inclusive mit Frühstück, Langschläfer-Frühstück, Mittagessen, Kuchen, Eis, Abendessen sowie einem Mitternachtssnack und diversen nationalen und internationalen Getränken von 10 bis 24 Uhr gesorgt.

Wir würden uns freuen, Interessierte am 15. Oktober 2015 auf Rhodos mit einem herzlichen „Kalimera“ willkommen heißen zu dürfen. Die Reise wird ab verschiedenen deutschen Flughäfen angeboten. Der Reisepreis startet für 14 Tage bei der Unterbringung mit zwei Personen im Doppelzimmer ab 999 Euro pro Person. Für Alleinreisende stehen gegen Aufpreis Doppelzimmer zur Alleinbenutzung zur Verfügung. Bei Interesse an unserer 15. Bundesseniorenreise fordern Sie bitte unsere ausführliche Ausschreibung und das Anmeldeformular telefonisch unter **0211/29101-66** oder **per E-Mail** unter **pinguin@gdp-reiseservice.de** an.

Eva Humberg

gelebt und gearbeitet haben. Das Urlaubsdomizil wird das neu erbaute 4,5-Sterne-LTI Asterias Beach Resort (Landeskategorie 5 Sterne), direkt am schönen und ruhigen fünf Kilometer langen Kiesstrand von Afandou gelegen. Rhodos Stadt ist 18 und der Flughafen 30 Kilometer entfernt. Das nächste Touristenzentrum Kolymbia mit Einkaufsmöglichkeiten und Tavernen befindet sich 1,5 Kilometer entfernt, die Bushaltestelle ist vor dem Nachbarhotel.

Die stilvolle und weitläufige Hotelanlage besteht aus einem Haupthaus und mehreren Nebengebäuden. Im Haupthaus befinden sich die Rezeption mit Lobby (W-LAN ohne Gebühr), Hauptrestaurant, Lift, Bars, Minimarkt sowie der SPA-Bereich mit Fitnessraum und Hallenbad (inklusive), Sauna, Dampfbad, Beauty- und Wellnessanwendungen (gegen Gebühr). Im Außenbereich sind die großzügige Poollandschaft mit Sonnenterrasse sowie eine Pool-/Snackbar. Liegen, Sonnenschirme und Handtücher am Pool und am Strand sind inklusive. Angeboten werden Beach-Volleyball, Aerobic, Aqua-Gymnastik, Tischtennis, Darts, Boccia und Billard sowie Animationsprogramme und Abendunterhaltungen. Die komfortablen Zimmer verfügen über Bad/WC, Föhn, Balkon oder Terrasse, Klimaanlage, Telefon, Minikühlschrank, Sat-TV und Mietsafe. Für das leibliche Wohl wird

POLIZEI-MESSE

GdP auf der GPEC

Die GPEC (General Police Equipment Exhibition & Conference) ist die größte Spezialmesse Europas für Polizei und Sicherheitsbehörden. Sie findet alle zwei Jahre in Leipzig statt. Leider konnte die Gewerkschaft der Polizei (GdP) in diesem Jahr nicht mit einem eigenen Stand auf der GPEC präsent sein. Dennoch war die GdP dort durch den Vorsitzenden des Bundesfachausschusses Bereitschaftspolizei (BFA Bepo), Bernhard Schmidt, vertreten. Im Blickfeld seines Messebesuchs standen die Körperschutzausstattung, Ausrüstung und Ausstattung, nicht tödliche Waffen und die taktische Erste Hilfe.

Die Körperschutzausstattung Leicht und Schwer (KSA L/S) stellt seit längerer Zeit einen Arbeitsschwerpunkt des BFA Bepo dar. Die Probleme liegen hier in dem hohen Gewicht der KSA L/S in Verbindung mit der weiteren, mitzuführenden Ausrüstung, der überlangen Tragezeit und den mangelnden physiologischen Eigenschaften. Diese immer wieder von den Kolleginnen und Kollegen benannten Probleme führen zu einer Einschränkung der Einsatzfähigkeit und vor allem zu gesundheitlichen Problemen, die letztlich den Einsatzerfolg gefährden können. Durch das hohe Eigengewicht der KSA L/S, das bei 18 Kilogramm und mehr liegt, und die lange Tragedauer klagen immer

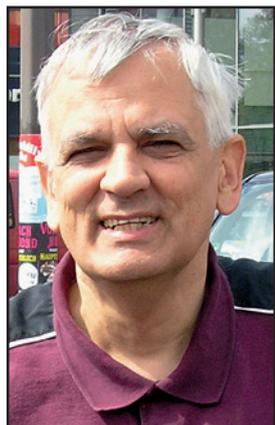
mehr Kolleginnen und Kollegen über Rückenbeschwerden.

Das Gewicht entsteht auf Grund der verwendeten Aluminiumplatten. Im wahrsten Sinne erschwerend kommen bei entsprechenden Witterungslagen die Materialeigenschaften hinzu. Eine Abgabe von Körperfeuchtigkeit nach außen ist nicht möglich. Infolgedessen können Hitzestaus, Kreislaufbelastungen, Dehydrierungen sowie Kreislaufzusammenbrüche bis hin zu lebensbedrohenden Ohnmachten auftreten.

Diese Probleme wurden mit dem Hersteller besprochen, der sich bemüht, in kostenintensiven Materialversuchen die Gewichtsfrage zu lösen. Bisher leider ohne Erfolg. Dies ist auch durch die



Vorgaben der Technischen Richtlinie (TR) mit ihren hohen Anforderungen bedingt. Die Einhaltung der Standards zur Schutzwirkung können zurzeit nur durch das heute verwendete Material erreicht werden. Nach Einschätzungen unter anderem auch des Polizeitechnischen Instituts (PTI) der Deutschen



DP-Autor Bernhard Schmidt
Foto: Zielasko

Hochschule der Polizei (DHPol) werden voraussichtlich auch in den nächsten fünf Jahren keine leichteren Materialien zu Verfügung stehen, die die Vorgaben der TR zur Schutzwirkung erfüllen können. Eine Einschätzung zur

Tragedauer im Einsatz wird durch den Hersteller nicht gegeben und wird aus haftungsrechtlichen Gründen auch nicht erfolgen. Hier ist also der Arbeitgeber in der Pflicht, den Grundsätzen des Arbeitsschutzes und der Arbeitssicherheit Genüge zu tun und für eine Risikovermeidung zu sorgen. Die GdP wird zeitnah Lösungsansätze erarbeiten, um die Zeit bis zur Verfügbarkeit neuer beziehungsweise anderer Materialien für die Kolleginnen und Kollegen er- und verträglich zu gestalten.

Risiko: Blenden durch Laserpointer

Hier hat die Industrie zwischenzeitlich Schutzbrillen entwickelt, die ein breites Spektrum an Wellenlängen von Laserstrahlen erfolgreich abdecken. Bisher scheiterte es daran, dass die verwendeten Wellenlängen genutzter Laserpointer nicht bekannt waren. Es liegt auch hier am Arbeitgeber, nun schnellstmöglich einen geeigneten Augenschutz zur Verfügung zu stellen – und zwar bevor es zu irreparablen Augenschäden bei eingesetzten Kolleginnen und Kollegen durch die hochgefährlichen Strahlen gekommen ist. Auch hierzu wird der Bundesfachausschuss Bereitschaftspolizei Lösungsmöglichkeiten aufzeigen.

Ausstattung

Beispielsweise sei hier auf die Entwicklung und Einführung eines Versorgungsfahrzeuges bei der Bundesbereitschaftspolizei hingewiesen. Dieses Unterstützungsfahrzeug ist in der Lage, eine Hundertschaft im Einsatz mit Heißgetränken und gekühlten Getränken zu versorgen. Zur komfortableren Einnahme der Verpflegung sind Biertischgarnituren, Geschirr sowie ein entsprechender Witterungsschutz dabei.

Nicht tödliche Waffen

Auch in diesem Bereich ist die Entwicklung der Industrie nicht bei Pfeferspray stehen geblieben: da gibt es noch den viel diskutierten, teils umstrittenen „Taser“. Die neue Generation des Tasers löst laut Hersteller auch das Problem der Zuordnung zum „Schützen“ und die Art der Anwendung. Jede Impulsabgabe werde digital aufgezeichnet, ebenso deren Häufigkeit und

Impulsdauer. Aus Sicht des BFA BePo ist hier eine vorurteilsfreie Prüfung des Einsatzmittels nötig. Dazu gehört eine umfangreiche Information über dessen Risiken und Nutzen. Die Schaffung des rechtlichen Rahmens für dieses Einsatzmittel obliegt jedoch der Politik.

Taktische Erste Hilfe

Hier geht es in erster Linie um eine Qualifikation unseres medizinischen Dienstes, um verletzten Kolleginnen und Kollegen auch dann unmittelbare Hilfe zukommen lassen zu können, wenn diese sich noch im Einwirkungsbereich eines Störers oder Straftäters befinden. Hierzu bedarf es einer geeigneten Ausrüstung und Ausstattung, zu der auch ballistische Schutzvorhänge und spezielles Rettungsgerät gehören. Die Anwendung der medizinischen Rettungsgeräte benötigt einen breiten Schulungsbedarf von Sanitäterinnen und Sanitätern wie Polizeiärztinnen und Polizeiärzten.

Bernhard Schmidt

BUNDESKONGRESS-TICKER ++ BUNDESKONGRESS-TICKER

Mit neuem Vorstand auf einem bewährten Weg

GdP-Landesdelegiertentag Sachsen-Anhalt



Der neu gewählte Geschäftsführende Landesvorstand der GdP Sachsen-Anhalt: (v.l.n.r.) Uwe Petermann (Vorsitzender), Lutz Schober (stellv. Schriftführer), Thomas Fritzlar (stellv. Vorsitzender), Cornelia Garbaden (stellv. Kassiererin), Uwe Spallek (stellv. Vorsitzender), Vera Rupprich (Kassiererin), Ingo Neubert (Schriftführer), Liane Bosse (stellv. Vorsitzende (Tarif)) und Nancy Emmel (stellv. Vorsitzende).
Foto: Jens Hüttich

Unter dem Motto: „Mit uns – für euch – eine starke Gemeinschaft“ hat Sachsen-Anhalt in der zweiten Oktoberwoche die Reihe der Landesde-

legiertentage der Gewerkschaft der Polizei (GdP) vor dem Bundeskongress im November in Berlin abgeschlossen. Der Landesvorsitzende Uwe Peter-



mann berichtete auf der zweitägigen Tagung in Halle/Peißen über viele Erfolge in den letzten fünf Jahren, aber auch über Rückschläge, die die GdP beim Kampf für unsere Kolleginnen und Kollegen hinnehmen musste.

Die aktuellen Probleme wie Personalabbau und die damit verbundene Arbeitsverdichtung, der hohe Krankenstand, der Beförderungsstau, die zunehmende Gewalt gegen Polizisten und nicht zuletzt eine Polizeistrukturreform, die nicht so heißen darf, sondern als Organisationsfortentwicklung (OFE) getarnt wird, fordern die GdP und ihre Mitglieder, so der Tenor.

Im Vorfeld des Delegiertentages hat eine Personalfindungskommission nach Kandidaten gesucht, die in den nächsten Jahren im Geschäftsführenden Landesvorstand (GLBV) mitarbeiten können und wollen. Dadurch konnte den Delegierten eine Kandidatenliste unterbreitet werden, die Vertreter aus fast allen Behörden und Einrichtungen enthielt. Diese Vorschläge bekamen eine große Mehrheit. Anschließend wurden die Mitglieder der Fachausschüsse gewählt, die mit ihrem Fachwissen den Landesbezirksvorstand in den nächsten Jahren unterstützen und beraten werden.

Über die Anträge des Delegiertentages wurde zum Teil intensiv diskutiert und die anschließende Abstimmung zeigte, dass die Antragsberatungskommission eine gute Vorarbeit geleistet hatte.

Der Landesdelegiertentag sorgte mit seiner Arbeit dafür, dass die GdP Sachsen-Anhalt für die nächsten Jahre gut aufgestellt ist. Der Landesbezirksvorstand versprach, auch weiterhin die Probleme der Kolleginnen und Kollegen aufzunehmen und sie bei den Vertretern von Politik und Polizei anzubringen.

Jens Hüttich

4. BUNDESTREFFEN

Polizeibiker spenden über 3.000 Euro

Stolze 3.155 Euro sammelten die Polizei-Bikerinnen und -Biker bei ihrem vierten Bundestreffen für den in Münster sitzenden, bundesweit tätigen Verein Herzenswünsche e.V., der schwerkranken Kindern und Jugendlichen lang ersehnte Wünsche erfüllt. Die Übergabe des Spendenschecks erfolgte in der westfälischen Universitätsstadt.

Im September hatten sich 135 Motorrad-Enthusiasten an der Mosel zum Treffen der „IG Polizeibiker“ versammelt. Bei fünf Themenausfahrten genossen sie die Landschaften und Straßen rund um den sechstgrößten Fluss Deutschlands. Wie in den Jahren zuvor herrschte ausgelassene Stimmung und alle hatten ihren Spaß, zumal alle Biker unfallfrei blieben und mit tollen

Erinnerungen gesund nach Hause zurückkehrten. Zudem hatte das Organisationsteam ein buntes Programm auf die Beine gestellt, so ein Schätzspiel, eine große Tombola mit hochwertigen Preisen (ohne Nieten) und ein lustiges Theaterstück.

Weitere Informationen unter www.polizeibiker.info

Sven Pankow



Großer Scheck, große Spende.

Foto: IG Polizeibiker

TIPP

Ratgeber

„Was ist, wenn es mir passiert?“

Tipps für behinderte und von Behinderung bedrohte Beschäftigte

Der Ratgeber wendet sich an behinderte und von Behinderung bedrohte Beschäftigte. Er umfasst beispielsweise die Themen: Was bedeutet Prävention? Was sind die Grundlagen zur Rehabilitation? Welche rechtlichen Grundlagen zur Rückkehr an den Arbeitsplatz bestehen? Wie sieht die Situation schwerbehinderter Menschen auf dem Arbeitsmarkt aus? Welche Chancen haben behinderte Jugendliche auf eine qualifizierte berufliche Ausbildung? Oder: Wer kann mir im Betrieb weiterhelfen? Der Ratgeber kann kostenlos in der GdP-Bundesgeschäftsstelle Berlin, Abteilung Grundsatz/Sozialpolitik (per E-Mail: sibylle.oeffnerpohl@gdp.de) angefordert werden.



red



Entgeltordnung VKA: „Mühsam nährt sich das Eichhörnchen“

Nachdem es bereits zwei Entgeltordnungen gibt, – je eine für die Länder und den Bund –, sollen nun weitere Gespräche über eine Entgeltordnung für den kommunalen Bereich auch zum baldigen Erfolg führen. Von diesen Regelungen (Bund/Länder) profitiert bereits eine große Zahl unserer GdP-Mitglieder hinsichtlich einer verbesserten Eingruppierung. Nun setzen wir uns verstärkt für den kommunalen Bereich ein, damit auch dort die GdP-Mitglieder die Vorteile einer verbesserten Eingruppierungsregelung nutzen können.

Die sechs eingerichteten Verhandlungsgruppen für die unterschiedlichen Bereiche wie Meister/Techniker/Ingenieure, IT oder Schulhausmeister haben sich dieses Jahr bereits mehrmals getroffen. Allerdings haben diese Gespräche gezeigt, dass die Vorstellungen der Arbeitgeber und der Gewerkschaftsseite zum Teil noch weit auseinanderliegen. Im Juni tagte die Lenkungsgruppe, die die Koordination der Verhandlungen der sechs Bereiche übernommen hat, um die Zwischenstände zu bewerten und das weitere Vorgehen abzustimmen.

Als nächsten Schritt werden jetzt die bisherigen Zulagenregelungen zusammengetragen, in eine Liste aufgenommen und im Anschluss wird entschieden, wie diese zu bewerten beziehungsweise aufrechtzuerhalten sind. Ebenfalls entschieden die Verhandlungspartner, eine Arbeitsgruppe einzurichten, die parallel zu den laufenden Entgeltordnungsverhandlungen bereits schrittweise – je nach Arbeitsstand der Verhandlungsgruppen – die Umsetzung der Entgeltordnung vorbereiten soll.

Es wird noch einige Zeit dauern, aber es ist absehbar, dass es auch eine Entgeltordnung für den kommunalen Bereich geben wird, damit auch hier eine weitere Lücke geschlossen wird.

Michaela Omari

fensichtlich sein Einsatz dazu geführt, dass ein dort geplanter Antrag, der unter anderem beinhaltete, Blockadeaktionen als generelles Kampfmittel des DGB einzuführen und die GdP in dieser Frage zur „Linientreue“ zu verpflichten, entscheidend abgeändert wurde.

In der Polizeidirektion Göttingen gibt es rund um das Demonstrationsgeschehen immer wieder Diskussionsbedarf zwischen DGB, Polizei und GdP, wenn es um die DGB-geführten Demonstrationen gegen „Nazi-Aufmärsche“ geht. Die unverzichtbare, wichtige Rolle des DGB beim Kampf gegen verfassungsfeindliche, rechte Aufmärsche ist unbestritten, ebenso aber auch der gesetzliche und von den Gerichten bestätigte Auftrag der Polizei. Den dabei eingesetzten Kolleginnen und Kollegen (bis 2.000), von denen bis zu 75 Prozent GdP-Mitglieder sind, fällt es dann doppelt schwer. Sie müssen einerseits die Versammlung oder den Aufzug einer Minderheit schützen, deren Gesinnung sie in keiner Weise teilen. Auf der anderen Seite müssen sie aber auch noch gegen Gewerkschafter vorgehen, weil diese in ihrem Aufzug Gruppen zulassen, die gegen geltendes Recht beziehungsweise die Rechtsprechung verstoßen. Nicht selten wird der DGB-Aufzug von solchen linken Gruppen missbraucht, um Kolleginnen und Kollegen zu beschimpfen, anzuspucken oder körperlich anzugreifen.

Der in der Polizeidirektion Göttingen zwischen DGB, Polizeiführung und GdP mühsam erreichte Konsens beim Kampf gegen scheindemokratische Nazi-Aufmärsche und -Versammlungen wäre mit dem Ursprungsantrag zunichte gemacht worden und Gewerkschaftsausstritte wären die Folge gewesen. Auch der jetzt mit dem ganzen Gewicht unseres Vorsitzenden erreichte Kompromiss muss aktiv in der Gremienarbeit im DGB von uns begleitet werden. Die „anlassbezogenen“ Entscheidungen müssen auch für uns tragbar sein und wir bitten unsere Mitglieder in den DGB-Vorständen, insbesondere im DGB-Bundesvorstand, den „Prozess des Dialoges über Formen des zivilen Ungehorsams“ weiterhin so eng zu begleiten und mitzugestalten.

Lieber Oliver, recht herzlichen Dank!

Harald Calsow, Göttingen

Zu: Alkoholisierter Kutscher, DP 7/14; Leserbrief in 9/14

In der DP 7/14 wurde die Entscheidung des OLG Oldenburg zum alkoholisierten Kutscher dargestellt. Das Gericht stellte fest, dass die Grenze für die absolute Fahrsicherheit bei Kutschern genauso festzulegen ist, wie die für Führer von motorisierten Kraftfahrzeugen. In einem Leserbrief in der Ausgabe 9/14 wurde festgestellt, dass für gewerbsmäßige Fahrten andere Werte gelten.

Die dem Verfasser bekannten Bestimmungen für die Personenbeförderung sind das Personenbeförderungsgesetz (PersBefG) und die BoKraft – Verordnung über den Betrieb von Kraftfahrunternehmen im Personenverkehr beziehungsweise die BoStrab – Verordnung über den Bau und Betrieb der Straßenbahnen. In der BoKraft wird zum Verhalten des Fahrpersonals im Paragraph 8 Abs. 3 festgehalten: Im O-Busverkehr sowie im Linienverkehr mit Kraftfahrzeugen ist dem im Fahrdienst eingesetzten Betriebspersonal untersagt, während des Dienstes und der Dienstbereitschaft alkoholische Getränke oder andere die dienstliche Tätigkeit beeinträchtigende Mittel zu sich zu nehmen oder die Fahrt anzutreten, obwohl es unter der Wirkung solcher Getränke oder Mittel steht.

In der BoStrab (Straßenbahnen) wird zum Betriebspersonal im Paragraph 13 Abs. 3 ausgeführt: Betriebsbediensteten ist untersagt, während des Dienstes und der Dienstbereitschaft alkoholische Getränke oder andere die dienstliche Tätigkeit beeinträchtigende Mittel zu sich zu nehmen oder den Dienst anzutreten, wenn sie unter der Wirkung solcher Getränke oder Mittel stehen.

Das Personenbeförderungsgesetz nennt in Paragraph 4 die Begriffe Kraftfahrzeug, Omnibus und Straßenbahn. Pferdegezogene Kutschen sind darin nicht aufgeführt. Daher können diese Bestimmungen nicht auf die Führer solcher Gespanne angewendet werden. Weiterführende Bestimmungen für Kutscher konnten auch bei der Deutschen Reiterlichen Vereinigung nicht in Erfahrung gebracht werden. Die anzuwendenden Bestimmungen bei Alkohol sind in erster Linie die Paragraph 315 c und Paragraph 316 StGB, in beiden wird der Fahrzeugbegriff genannt, darunter fällt auch die Kutsche.

Ewald Ternig, per E-Mail





Grundsätze der Sicherheitsplanung

Der eingeführte Leitfaden stellt die zehn wesentlichen und bewährten Grundsätze zur Sicherheitsplanung anhand zahlreicher Beispiele aus dem Bereich der Rechenzentrumsplanung dar. Darüber hinaus spiegeln die neu aufgenommenen Kapitel zur Auswahl von Sicherheitsberatern und zur Ausschreibung von personellen Sicherheitsdiensten die jahrzehntelange Praxiserfahrung des Autors wider. Die Broschüre ist ein erweiterter Sonderdruck aus dem Informationsdienst zur Sicherheit in Wirtschaft und Verwaltung, der Fachzeitschrift „Sicherheits-Berater“. Die handliche Arbeitsgrundlage gibt den Sicherheitsplanern wertvolle Hinweise und hilft, Fehler zu vermeiden, wenn frühzeitig Fachkompetenz, Praxisorientierung, Planungssicherheit, Wirtschaftlichkeit und gute Sicherheitskonzepte gefragt sind.

Sicherheits-Management – Grundsätze der Sicherheitsplanung, Dipl.-Kaufmann Rainer A. H. von zur Mühlen, VON ZUR MÜHLEN'SCHE GmbH, Sicherheitsberatung – Sicherheitsplanung, Bonn, Richard Boorberg Verlag, bestellung@boorberg.de, 2014, 2., überarbeitete und ergänzte Auflage, 132 Seiten, 29 Euro, ISBN 978-3-415-05187-4

Stellenbeschreibung für den öffentlichen und kirchlichen Dienst

Eine für die richtige Eingruppierung wichtige Voraussetzung ist die Stellenbeschreibung. Das Buch (aktuell in der 6. Auflage) stellt übersichtlich die Vor-



und Nachteile von Stellenbeschreibungen im öffentlichen Dienst dar und wie diese aufzubauen sind. Zudem werden dem Leser zahlreiche Formulierungsbeispiele an die Hand gegeben. Unter anderem wird über beste-

hende Unterschiede hinsichtlich der Begrifflichkeiten „Stellenbeschreibung“ und „Arbeitsplatzbeschreibung“ aufgeklärt, die häufig verwechselt werden.

Für Personalverantwortliche, Sachbearbeiter und den/die Tarifbeschäftigte/n ein hilfreiches Nachschlagewerk.

Stellenbeschreibung für den öffentlichen und kirchlichen Dienst, Achim Richter, Annett Gamisch, WALHALLA Verlag, 6. aktualisierte Auflage 2014, 216 Seiten, 16,50 Euro, ISBN 978-3-8029-7523-3

Michaela Omari

Nur rechtssicher in der neuesten Auflage

Der „Kittner“ ist gründlich überholt worden. Umfangreiche Änderungen seit der letzten Auflage sind komplett eingearbeitet. Das bedeutet: Nach einem Blick in den „Kittner“ können Betriebsräte verlässliche Auskünfte geben – ganz gleich, ob „alter Hase“ oder Neueinsteigerin.



Arbeits- und Sozialordnung, Michael Kittner, Bund Verlag, 2014, 39. Auflage, 1.790 Seiten, 26,90 Euro, ISBN 978-3-7663-6321-3



Nr. 11 • 63. Jahrgang 2014 • Fachzeitschrift und Organ der Gewerkschaft der Polizei



Erscheinungsweise und Bezugspreis:
Monatlich 2,90 EURO zuzüglich Zustellgebühr. Bestellung an den Verlag. Für GdP-Mitglieder ist der Bezug durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten

Deutsche Polizei

Herausgeber: Gewerkschaft der Polizei, Bundesvorstand, Stromstr. 4, 10555 Berlin
Telefon: (030) 39 99 21 - 0
Fax: (030) 39 99 21 - 200
Internet: www.gdp.de

Redaktion DEUTSCHE POLIZEI/Internetredaktion/ Pressestelle
Chefredakteur/Pressesprecher: Rüdiger Holeczek (hol)
CvD: Michael Zielasko (mzo), Wolfgang Schönwald (wsd)
Redaktionsassistent: Johanna Treuber
Gewerkschaft der Polizei, Pressestelle, Stromstraße 4, 10555 Berlin
Telefon: (030) 39 99 21 - 113, - 117
Fax: (030) 39 99 21 - 200
E-Mail: gdp-pressestelle@gdp.de
Grafische Gestaltung & Layout: Rembert Stolzenfeld, Dipl.-Designer

Die unter Verfassernamen erschienenen Artikel stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann keine Gewähr übernommen werden. Die Redaktion behält sich vor, Texte zu kürzen und redaktionell zu bearbeiten.

In DEUTSCHE POLIZEI veröffentlichte Beiträge werden ggf. auf www.gdp.de und GdP-APP verbreitet.



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon Düsseldorf (0211) 7104-183
Fax (0211) 7104-174 **E-Mail** av@vdp.polizei.de

Geschäftsführer:
Bodo Andrae, Joachim Kranz

Anzeigenleiterin:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 36 vom 1. Januar 2014



Druckauflage dieser Ausgabe:
179.315 Exemplare
ISSN 0949-2844

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co.KG, DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern, Postfach 1452, 47594 Geldern, Telefon (02831) 396-0, Fax (02831) 89887

Titel

Foto:
BMI/René Bertrand

Gestaltung:
Rembert Stolzenfeld



AKTUELLE NEUAUFLAGEN



Verkehrsunfallaufnahme

Unfallort – Tatort, Recht, Maßnahmen

Von **Richard Taschenmacher** und **Wolfgang Eifinger**.

4. Auflage 2014

Umfang: 496 Seiten / **Format:** DIN A 5, Broschur

Preis: 32,- € [D] / **ISBN** 978-3-8011-0671-3

Die Verkehrsunfallaufnahme erfordert von Polizeibeamten die eingehende Kenntnis unterschiedlicher Rechtsgebiete und sicheres Wissen über physikalische, technische, kriminaltechnische und -taktische Gegebenheiten. Dieses in vielen Jahren bewährte Lehrbuch hilft, die dafür erforderliche professionelle Kompetenz zu erlangen und zu erhalten. Für diese Neuauflage haben die Autoren das Buch grundlegend überarbeitet und aktualisiert. Die Anwendung der digitalen Skizze unter Nutzung der Software MS-Visio sowie des Spurensicherungsverfahrens Monobild-digital findet ebenso Berücksichtigung wie auch die Änderungen der Unfallmitteilungen sowie der Übersichten der Unfallgruppen und -kategorien. Das Kapitel Beweis- und Spurenlehre wurde zudem erheblich erweitert.



DIE AUTOREN

Richard Taschenmacher, Polizeihauptkommissar a. D.;
Wolfgang Eifinger, Erster Polizeihauptkommissar.

Kriminalistik

Für Studium, Praxis, Führung

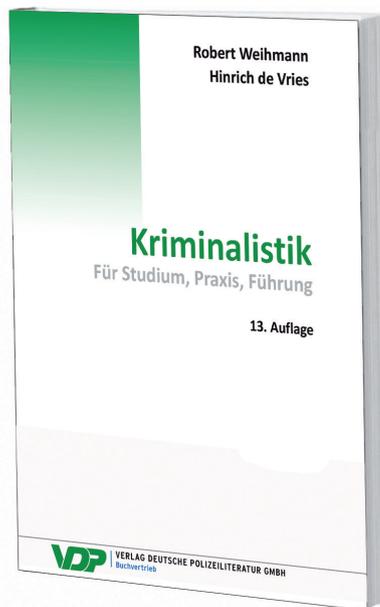
Von **Robert Weihmann** und **Hinrich de Vries**.

13. Auflage 2014

Umfang: 600 Seiten / **Format:** DIN A 5, Broschur

Preis: 29,90 € [D] / **ISBN** 978-3-8011-0740-6

Dieses Handbuch fasst die Themengebiete Kriminalistik, Kriminaltechnik und Führung kompakt zusammen und bietet dem angehenden Polizeibeamten ein fundiertes kriminalistisches Grundwissen, damit er den polizeilichen Alltag bewältigen und angemessene Sofortmaßnahmen treffen kann. Es legt zudem die Basis für die Fortbildung zum Spezialisten und gibt darüber hinaus einen Einblick in die Führungssysteme der Polizei. Für diese Neuauflage wurde das Buch von den Autoren komplett überarbeitet, aktualisiert und inhaltlich gestrafft. Nicht zuletzt durch das Stichwortverzeichnis mit seinen inzwischen über 2500 Suchbegriffen, bleibt es weiterhin ein zuverlässiger Begleiter für das Selbststudium im Diplom-, Bachelor- und Master-Studiengang, für die Fortbildung und für die polizeiliche Praxis.



DIE AUTOREN

Robert Weihmann, Leitender Kriminaldirektor a. D.;
Hinrich de Vries, Vorsitzender Richter am Landgericht.



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Buchvertrieb

Forststraße 3a · 40721 Hilden · Telefon 0211 7104-212 · Telefax 0211 7104-270
vdp.buchvertrieb@VDPolizei.de · www.VDPolizei.de

Weitere Informationen, Leseproben und Bestellmöglichkeit unter: www.VDPolizei.de

ZUVERLÄSSIG BEI JEDEM EINSATZ!

Optional als Zubehör:

Tactical Holster

- Einstellbar für verschiedene Gürtelbreiten
- Schnellverschluss für bequeme Befestigung
- Sicherungshebel
- 360° drehbar



Art. Nr.: 0323



Art. Nr.: 9807

LED LENSER® T7.2

Mehr Leistung und beste Bedienbarkeit

- Neuberechnete hochpräzise Reflektorlinse
- Neuer Druckschalter
- Neue Schutzbeschichtung (Frozen Black Coating)
- Advanced Focus System (AFS)
- Lichtstrom: 320 lm*
- Leuchtdauer: 50 h**
- Leuchtweite: 260 m*

* Lichtstrom (Lumen) bzw. maximale Leuchtweite (Meter) gemessen in der jeweiligen, in der Tabelle angegebenen Einstellung beim Einschalten mit einem Satz frischer Alkaline Batterien.
Es handelt sich um durchschnittliche Werte, welche im Einzelfall je nach Chip und Batterien/Akku um +/- 15 % abweichen können.

** Durchschnittliche Leuchtdauer der in der jeweiligen, in der Tabelle angegebenen Einstellung bis zu einem Lichtstrom von 1 Lumen.